

sonova
HEAR THE WORLD



Einladung

38. Generalversammlung
12. Juni 2023

Einladung zur 38. ordentlichen Generalversammlung der Sonova Holding AG

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre

Wir laden Sie herzlich zur diesjährigen ordentlichen Generalversammlung der Sonova Holding AG ein. Wir freuen uns ganz besonders, Sie wieder bei uns begrüßen zu dürfen, nachdem wir aufgrund der Covid-19-Pandemie drei Jahre lang keine persönliche Versammlung abhalten konnten. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet statt am:

**Montag, dem 12. Juni 2023 um 15.00 Uhr (Einlass ab 14.00 Uhr)
Messe Zürich Halle 7, Wallisellenstrasse 49, 8050 Zürich**

Wenn Sie persönlich teilnehmen, füllen Sie bitte das Antwortformular aus, unterschreiben es und senden es in dem beiliegenden Umschlag an uns zurück. Ihre Zutrittskarte wird Ihnen dann zugestellt.

Sollten Sie nicht persönlich teilnehmen, können Sie Ihr Stimmrecht durch eine andere Person oder durch die unabhängige Stimmrechtsvertreterin ausüben lassen. Im letzteren Fall können Sie der unabhängigen Stimmrechtsvertreterin Ihre Stimminstruktionen erteilen. Bitte schicken Sie dafür den vollständig ausgefüllten und unterzeichneten Antwortschein im beiliegenden Umschlag zurück. Alternativ können Sie gemäss den Angaben auf dem Antwortschein unsere Onlineplattform nutzen, um der unabhängigen Stimmrechtsvertreterin Ihre Stimminstruktionen zu erteilen.

Der Verwaltungsrat lädt Sie dazu ein, dass Sie ihm Ihre Fragen im Vorfeld der ordentlichen Generalversammlung bis zum 1. Juni 2023 per E-Mail via agm@sonova.com zukommen lassen. Fragen, die auch für andere Aktionäre relevant sind, werden an der ordentlichen Generalversammlung beantwortet. Weitere organisatorische Hinweise können den letzten Seiten dieser Einladung entnommen werden.

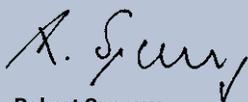
Aufgrund der am 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Aktienrechtsreform wird der Verwaltungsrat mehrere Änderungen der Statuten der Sonova Holding AG («**Statuten**») vorschlagen. Das Gesetz wurde revidiert, um Aktionärsrechte zu stärken, verschiedene Prozesse zu vereinfachen und anzupassen sowie den technologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die beantragten Änderungen werden den Aktionären unter fünf verschiedenen Traktanden (gemäss dem Grundsatz der Einheit der Materie) zur Abstimmung vorgelegt, welche dem Dokument «Generalversammlung 2023 – Änderungen der Statuten der Sonova Holding AG» («**Statutenrevision 2023**») entnommen werden können. Dieses Dokument ist unter www.sonova.com/de/agm abrufbar. Daher wird die diesjährige ordentliche Generalversammlung etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Zusätzlich beantragt der Verwaltungsrat, mittels einer Statutenänderung auch die Wahl von mehr als drei Mitgliedern des Nominations- und Vergütungskomitees zu ermöglichen.

Anbei finden Sie die Einladung samt der Tagesordnung und den Anträgen des Verwaltungsrates, den Antwortschein sowie den Kurzbericht zum Geschäftsjahr 2022/23. Die vollständige und interaktive Version des Geschäftsberichtes 2022/23 können Sie unter report.sonova.com/2023 abrufen.

Wir danken Ihnen für Ihr entgegengebrachtes Vertrauen und freuen uns, Sie an der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung begrüßen zu dürfen.



Robert Spoerry
Präsident des Verwaltungsrates

Tagesordnung

1. Finanzberichterstattung; Konsultativabstimmung über den Vergütungsbericht 2022/23

1.1 Genehmigung des Lageberichtes, der Konzern-Jahresrechnung und der Jahresrechnung der Sonova Holding AG für das Geschäftsjahr 2022/23

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, den Lagebericht, die Konzern-Jahresrechnung und die Jahresrechnung der Sonova Holding AG für das Geschäftsjahr 2022/23 zu genehmigen.

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 2 Ziff. 3 und 4 des Schweizerischen Obligationenrechts («OR») sowie den Statuten ist die Generalversammlung für die Genehmigung des Lageberichtes, der Konzern-Jahresrechnung und der Jahresrechnung zuständig. Ernst & Young AG als Revisionsstelle empfiehlt in ihren Berichten an die Generalversammlung ohne Einschränkung, die Konzern-Jahresrechnung und die Jahresrechnung der Sonova Holding AG zu genehmigen.

1.2 Konsultativabstimmung über den Vergütungsbericht 2022/23

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, den Vergütungsbericht 2022/23 in einer nicht-bindenden Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Erklärung: In Übereinstimmung mit bewährter Praxis legt der Verwaltungsrat den Vergütungsbericht der ordentlichen Generalversammlung zur Konsultativabstimmung vor. Der Vergütungsbericht 2022/23 erläutert die Regeln und Grundsätze des Vergütungssystems, einschliesslich des Zusammenhangs zwischen Vergütung und Leistung, sowie die Vergütungen, die den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung für 2022/23 bezahlt oder gewährt wurden.

2. Verwendung des Bilanzgewinnes

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, den Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

	CHF in Millionen
Vortrag vom Vorjahr	682,7
Jahresgewinn	270,1
Freiwillige Gewinnreserven	952,8
Vernichtung eigener Aktien ¹⁾	(421,5)
Dividendenausschüttung ²⁾	(274,1)
Vortrag auf neue Rechnung	257,2

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 2 Ziff. 4 OR sowie den Statuten ist die Generalversammlung für die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns und die Ausschüttung einer Dividende zuständig.

Sofern der Antrag des Verwaltungsrates genehmigt wird, beläuft sich die Bruttodividende für das Geschäftsjahr 2022/23 auf CHF 4.60 pro Namenaktie, was nach Abzug der eidgenössischen Verrechnungssteuer von 35% einem Nettobetrag von CHF 2.99 pro Namenaktie entspricht.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt voraussichtlich ab dem 20. Juni 2023. Ab dem 14. Juni 2023 werden die Aktien ex Dividende gehandelt.

¹⁾ Vorbehaltlich der Zustimmung zum Traktandum 7 (Kapitalherabsetzung durch Vernichtung von Aktien).

²⁾ Der zur Ausschüttung kommende Gesamtbetrag ergibt sich aus der Anzahl der ausgegebenen Aktien am letzten Handelstag, der zum Bezug der Dividende berechtigt, d.h. am 13. Juni 2023. Von der Sonova Holding AG und ihren Tochtergesellschaften gehaltene eigene Aktien sind nicht dividendenberechtigt. Deshalb kann sich der Auszahlungsbetrag entsprechend reduzieren.

3. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2022/23 Entlastung zu erteilen.

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 2 Ziff. 7 OR sowie den Statuten ist die Generalversammlung für die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung zuständig.

4. Statutenänderung (Zusammensetzung Vergütungsausschuss)

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 22 Abs. 1 der Statuten wie folgt zu ändern:

Aktueller Wortlaut

Art. 22: Zusammensetzung, Amtsdauer

Der Vergütungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern des Verwaltungsrates.

[...] (bleibt unverändert)

Beantragter Wortlaut

Art. 22: Zusammensetzung, Amtsdauer

Der Vergütungsausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern des Verwaltungsrates.

[...] (bleibt unverändert)

Erklärung: Der Verwaltungsrat beantragt diese Statutenänderung, um auch mehr als drei Mitglieder zur Wahl in den Vergütungsausschuss vorschlagen zu können, statt auf drei Mitglieder beschränkt zu sein. Dies hilft der Nachfolgeplanung und erlaubt eine ausgewogene Diversität im Vergütungsausschuss. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Julie Tay im Falle ihrer Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrates zur Wahl in den Vergütungsausschuss vorzuschlagen. Sollte die Generalversammlung dieser Statutenänderung nicht zustimmen und sollten alle bisherigen Mitglieder des Vergütungsausschusses wiedergewählt werden, wird Traktandum 5.3 gegenstandslos und Julie Tay stellt sich bei der Generalversammlung 2023 nicht zur Wahl als neues Mitglied des Vergütungsausschusses.

5. Wahlen

5.1 Wiederwahl des Verwaltungsrates

Ausser Jinlong Wang stellen sich alle Mitglieder des Verwaltungsrates zur Wiederwahl.

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, die folgenden Mitglieder des Verwaltungsrates je einzeln für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der ordentlichen Generalversammlung 2024 wiederzuwählen:

5.1.1 Wiederwahl von Robert F. Spoerry als Mitglied und Präsident des Verwaltungsrates

5.1.2 Wiederwahl von Stacy Enxing Seng als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.3 Wiederwahl von Gregory Behar als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.4 Wiederwahl von Lynn Dorsey Bleil als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.5 Wiederwahl von Lukas Braunschweiler als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.6 Wiederwahl von Roland Diggelmann als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.7 Wiederwahl von Julie Tay als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.8 Wiederwahl von Ronald van der Vis als Mitglied des Verwaltungsrates

5.1.9 Wiederwahl von Adrian Widmer als Mitglied des Verwaltungsrates

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 2 Ziff. 2 und Abs. 3 Ziff. 1 OR sowie den Statuten ist die Generalversammlung für die (Wieder-)Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Präsidenten zuständig. Detaillierte Biografien können Sie dem Corporate Governance-Bericht 2022/23, der Teil des Jahresberichts 2022/23 ist, sowie unserer Website www.sonova.com/de/about-us/verwaltungsrat entnehmen.

5.2 Wiederwahl der Mitglieder des Nominations- und Vergütungskomitees

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Stacy Enxing Seng, Lukas Braunschweiler und Roland Diggelmann je einzeln als Mitglieder des Nominations- und Vergütungskomitees für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der ordentlichen Generalversammlung 2024 wiederzuwählen.

5.2.1 Wiederwahl von Stacy Enxing Seng

5.2.2 Wiederwahl von Lukas Braunschweiler

5.2.3 Wiederwahl von Roland Diggelmann

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 3 Ziff. 2 OR sowie den Statuten ist die Generalversammlung für die (Wieder-)Wahl der Mitglieder des Nominations- und Vergütungskomitees zuständig. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Roland Diggelmann im Falle seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden des Nominations- und Vergütungskomitees zu ernennen.

5.3 Wahl von Julie Tay als neues Mitglied des Nominations- und Vergütungskomitees

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt die Wahl von Julie Tay als neues Mitglied des Nominations- und Vergütungskomitees für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der ordentlichen Generalversammlung 2024.

Erklärung: Der Verwaltungsrat freut sich sehr, Julie Tay im Falle ihrer Wiederwahl als Mitglied des Verwaltungsrates als neues Mitglied des Nominations- und Vergütungskomitees vorzuschlagen. Der Verwaltungsrat ist überzeugt, dass sie aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung als Führungskraft in internationalen Unternehmen gut für diese Position geeignet ist. Darüber hinaus gewährleistet ihre Anwesenheit eine gleichmässige Vertretung der globalen Regionen und Geschlechter im Nominations- und Vergütungskomitee.

5.4 Wiederwahl der Revisionsstelle

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Ernst & Young AG, Zürich, für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der ordentlichen Generalversammlung 2024 als Revisionsstelle der Sonova Holding AG wiederzuwählen.

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 2 Ziff. 2 OR sowie den Statuten ist die Generalversammlung für die (Wieder-)Wahl der Revisionsstelle zuständig. Ernst & Young AG, Zürich, wird auf Antrag des Audit-Komitees vom Verwaltungsrat für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr als Revisionsstelle vorgeschlagen. Ernst & Young bestätigte zuhanden des Audit-Komitees, dass sie die für die Ausübung des Mandates geforderte Unabhängigkeit besitzt.

5.5 Wiederwahl der unabhängigen Stimmrechtsvertreterin

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, die Anwaltskanzlei Keller AG, Zürich ¹⁾, als unabhängige Stimmrechtsvertreterin für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der ordentlichen Generalversammlung 2024 wiederzuwählen.

Erklärung: Gemäss Artikel 698 Abs. 3 Ziff. 3 OR ist die Generalversammlung für die (Wieder-)Wahl der unabhängigen Stimmrechtsvertreterin zuständig. Die Anwaltskanzlei Keller AG bestätigte, dass sie die für die Ausübung dieses Mandates geforderte Unabhängigkeit besitzt.

¹⁾ vorher: Anwaltskanzlei Keller KLG.

6. Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung

6.1 Genehmigung des maximalen Gesamtbetrages der Vergütung des Verwaltungsrates

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütung des Verwaltungsrates von CHF 3'230'000¹⁾ für die Amtsdauer ab der ordentlichen Generalversammlung 2023 bis zur ordentlichen Generalversammlung 2024 zu genehmigen.

Erklärung: Gemäss Art. 26 der Statuten ist die Generalversammlung für die Genehmigung des maximalen Gesamtbetrags der Vergütung des Verwaltungsrates für die kommende Amtsdauer zuständig. Weitere Informationen zur beantragten Vergütung sind im Anhang zu dieser Einladung enthalten. Die bezahlte Vergütung und das Vergütungssystem sind ausserdem im Vergütungsbericht 2022/23 näher erläutert.

6.2 Genehmigung des maximalen Gesamtbetrages der Vergütung der Geschäftsleitung

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütung der Geschäftsleitung von CHF 16'500'000¹⁾ für das Geschäftsjahr 2024/25 zu genehmigen.

Erklärung: Gemäss Art. 26 der Statuten ist die Generalversammlung für die Genehmigung des maximalen Gesamtbetrags der Vergütung der Geschäftsleitung für das folgende Geschäftsjahr zuständig. Weitere Informationen zur beantragten Vergütung sind im Anhang zu dieser Einladung enthalten. Die bezahlte Vergütung und das Vergütungssystem sind ausserdem im Vergütungsbericht 2022/23 näher erläutert.

7. Kapitalherabsetzung durch Vernichtung von Aktien

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt:

- a) das Aktienkapital in Höhe von CHF 3'057'985.95 durch Vernichtung von 1'532'910 Namenaktien zu CHF 0.05 nominal, die von der Gesellschaft im Rahmen des am 14. April 2022 angekündigten Aktienrückkaufprogrammes zurückgekauft wurden, um CHF 76'645.50 auf CHF 2'981'340.45 herabzusetzen;
- b) dem Ergebnis des Berichtes der Revisionsstelle folgend zu bestätigen, dass die Forderungen der Gläubiger trotz der Kapitalherabsetzung vollständig gedeckt sind;
- c) den Wortlaut von Art. 3 Abs. 1 der Statuten zum Datum der Eintragung der Kapitalherabsetzung im Handelsregister wie folgt zu ändern:

¹⁾ Für weitere Details siehe Anhang zu Traktandum 6.

Aktueller Wortlaut

Beantragter Wortlaut

Art. 3: Aktienkapital

Art. 3: Aktienkapital

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt CHF 3'057'985.95 und ist eingeteilt in 61'159'719 Namenaktien zu CHF 0.05 nominal.

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt CHF 2'981'340.45 und ist eingeteilt in 59'626'809 Namenaktien zu CHF 0.05 nominal.

- d) die Anzahl der in Art. 6 der Statuten genannten neuen Aktien, für die im Falle einer Kapitalerhöhung das Bezugs- oder Vorwegzeichnungsrecht ausgeschlossen oder beschränkt wurde, von 6'115'971 Aktien auf 5'962'680 Aktien entsprechend der beantragten Herabsetzung des Aktienkapitals zu ändern.

Erklärung: Die Gesellschaft kaufte im Rahmen des am 14. April 2022 angekündigten Aktienrückkaufprogrammes im Zeitraum vom 19. April 2022 bis zum 31. März 2023 1'532'910 Namenaktien zurück. Es wird nun beantragt, diese Aktien im Rahmen einer Kapitalherabsetzung zu vernichten und die Anzahl der in Art. 6 der Statuten genannten Aktien dementsprechend herabzusetzen, um sicherzustellen, dass eine allfällige Kapitalerhöhung, bei der Bezugs- oder Vorwegzeichnungsrechte ausgeschlossen werden, 10% des Aktienkapitals nicht übersteigt.

8. Statutenänderungen

Erklärung: Am 19. Juni 2020 verabschiedete das Schweizer Parlament eine Revision des Aktienrechts, die am 1. Januar 2023 in Kraft trat. Schweizer Aktiengesellschaften sind verpflichtet, ihre Statuten bis Ende 2024 an das neue Recht anzupassen.

Der Verwaltungsrat beantragt verschiedene Statutenänderungen, um (i) die durch das neue Recht notwendig gewordenen Änderungen abzubilden, (ii) der Gesellschaft die unter dem neuen Recht vorgesehene Flexibilität zu gewähren, (iii) die Statuten an die in der Schweiz geltenden Marktstandards anzupassen und (iv) die Corporate Governance weiter zu stärken. Die beantragten Änderungen sind unter fünf verschiedenen Traktanden (Traktanden 8.1 bis 8.5) nach Thema gegliedert (dem Grundsatz der Einheit der Materie folgend).

Der Anhang zu Traktandum 8 enthält eine detaillierte Erläuterung der beantragten Änderungen.

Eine Gegenüberstellung des aktuellen Wortlauts und der beantragten Änderung der Statuten finden Sie in unserem Dokument «Generalversammlung 2023 – Änderungen der Statuten der Sonova Holding AG» («**Statutenrevision 2023**»), das unter www.sonova.com/de/agm abrufbar ist und zusammen mit dieser Einladung im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert wurde. Die beantragten Statuten sind ebenfalls verfügbar unter www.sonova.com/de/agm.

8.1 Schaffung von langfristigem und nachhaltigem Wert

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 2 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern.

8.2 Einführung Kapitalband

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 5, Art. 6 und Art. 25 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern.

8.3 Verwaltungsrat und Geschäftsleitung

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 18, Art. 20, Art. 21, Art. 26, Art. 27 und Art. 30 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern.

8.4 Zertifikate, Generalversammlung, Aktionärsrechte und Kommunikation mit den Aktionären

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 7, Art. 10, Art. 11, Art. 12, Art. 13, Art. 15, Art. 33 und Art. 35 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern.

8.5 Aufnahme der Möglichkeit virtueller Generalversammlungen

Antrag: Der Verwaltungsrat beantragt, einen neuen Art. 12a in die Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** aufzunehmen.

Stäfa, 16. Mai 2023

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident



Robert Spoerry

Anhang zu Traktandum 6

6.1 Genehmigung des maximalen Gesamtbetrages der Vergütung des Verwaltungsrates

Gemäss Art. 26 der Statuten unterliegt der maximale Gesamtbetrag der Vergütung des Verwaltungsrates für die kommende Amtsdauer, d.h. von der ordentlichen Generalversammlung 2023 bis zur ordentlichen Generalversammlung 2024, der Genehmigung durch die Generalversammlung. Weitere Informationen, die über die nachfolgenden Angaben hinausgehen, können dem Vergütungsbericht 2022/23 entnommen werden.

Der Verwaltungsrat beantragt, einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütung des Verwaltungsrates von CHF 3'230'000 für die Amtsdauer 2023/24 zu genehmigen.

in CHF 1'000	Genehmigt für GV 2022 – GV 2023	Erwartet für GV 2022 – GV 2023	Antrag für GV 2023 – GV 2024
Jahr der Genehmigung durch die GV	2022	n/a	2023
Fixe Vergütung einschliesslich Vergütung für Komitee-Mitgliedschaften und Spesen	1'566	1'510	1'510
Marktwert der gesperrten Aktien	1'883	1'810	1'720
Totalbetrag ¹⁾	3'450	3'320	3'230
Anzahl Mitglieder des Verwaltungsrates	10	10	9

¹⁾ Der Antrag des Verwaltungsrates bezieht sich nur auf den maximalen Gesamtbetrag. Die Beträge der einzelnen Vergütungselemente sind nur zur Illustration angegeben und rechtlich nicht verbindlich.

Ziel ist es, einen umsichtigen Umgang mit den Ressourcen sicherzustellen. Der beantragte Betrag stellt den Höchstbetrag der Gesamtvergütung dar, der sich ergeben könnte. Der beantragte maximale Gesamtbetrag ist brutto angegeben und wurde für 9 Mitglieder des Verwaltungsrates (in der Amtsperiode 2022/23: 10 Mitglieder) unter der Annahme berechnet, dass alle vorgeschlagenen Mitglieder an der ordentlichen Generalversammlung 2023 wiedergewählt werden.

Der beantragte maximale Gesamtbetrag enthält die folgenden fixen Vergütungselemente: eine Bruttobarzahlung, eine Barvergütung für die Mitgliedschaft in Komitees, jeweils sofern zutreffend, und den Marktwert der gesperrten Aktien zum Zeitpunkt der Zuteilung. Ebenfalls enthalten ist eine moderate Reserve für unvorhergesehene Ereignisse und Aufwendungen.

Sonova leistet die obligatorischen Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen (AHV/ALV) für die Mitglieder des Verwaltungsrates gemäss den geltenden gesetzlichen Vorgaben. Diese Beiträge sind nicht Bestandteil des maximalen Gesamtbetrages der Vergütung, da sie nicht mit hinreichender Sicherheit im Voraus geschätzt werden können. Die effektiv geleisteten Beiträge werden jedoch im Vergütungsbericht des betreffenden Jahres veröffentlicht.

Die tatsächlich ausbezahlten Vergütungen werden im Vergütungsbericht 2023/24 veröffentlicht, der den Aktionären zu einer nicht-bindenden Konsultativabstimmung vorgelegt wird.

6.2 Genehmigung des maximalen Gesamtbetrages der Vergütung der Geschäftsleitung

Gemäss Art. 26 der Statuten unterliegt der maximale Gesamtbetrag der Vergütung der Geschäftsleitung für das folgende Geschäftsjahr, d.h. das Geschäftsjahr 2024/25, der Genehmigung durch die Generalversammlung. Weitere Informationen, die über die nachfolgenden Angaben hinausgehen, können dem Vergütungsbericht 2022/23 entnommen werden.

Der Verwaltungsrat beantragt, einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütung der Geschäftsleitung von CHF 16'500'000 für das Geschäftsjahr 2024/25 zu genehmigen.

Der beantragte maximale Gesamtbetrag besteht aus den folgenden Vergütungselementen:

in CHF 1'000	Genehmigt für Geschäftsjahr 2022/23	Effektiv für Geschäftsjahr 2022/23	Genehmigt für Geschäftsjahr 2023/24	Antrag für Geschäftsjahr 2024/25
Maximaler Gesamtbetrag der fixen Saläre einschliesslich Basissalär, Zusatzleistungen und Arbeitgeberbeiträge an Pensionskassen	5'439	5'156	5'260	5'450
Maximaler Gesamtbetrag der variablen Barvergütung	5'068	842	5'583	5'560
Fair Value zum Zeitpunkt der Zuteilung der Optionen und Performance Share Units (PSUs), die im Rahmen des Executive Equity Award Plan (EEAP) gewährt werden	5'293	5'284	5'157	5'490
Totalbetrag ^{1), 2)}	15'800	11'282	16'000	16'500
Anzahl Mitglieder der Geschäftsleitung	9	8	8	8

¹⁾ Der Antrag des Verwaltungsrates für die maximale Gesamtvergütung der Geschäftsleitung bezieht sich nur auf den maximalen Gesamtbetrag. Die Beträge der einzelnen Vergütungselemente sind nur zur Illustration angegeben und rechtlich nicht verbindlich.

²⁾ Ein Mitglied der Geschäftsleitung erhält gegenwärtig Vergütung in US-Dollar (USD) und eines in Euro (EUR). Wechselkursschwankungen bis zum Zeitpunkt der Auszahlung sind unbeachtlich.

Ziel ist es, einen umsichtigen Umgang mit den Ressourcen unter Berücksichtigung der Wachstumsbemühungen sicherzustellen. Der beantragte maximale Gesamtbetrag ist brutto angegeben und wurde für 8 Mitglieder der Geschäftsleitung im Geschäftsjahr 2024/25 berechnet.

Der beantragte Betrag stellt den Höchstbetrag der Gesamtvergütung dar, der sich ergeben könnte.

Der beantragte maximale Gesamtbetrag basiert auf der höchsten möglichen Auszahlung der variablen Barvergütung (d. h. auf der Zahlungsobergrenze von 200%) und für die langfristigen variablen Vergütungselemente auf dem Zielbetrag zum Zeitpunkt der Zuteilung bei 100% Zielerreichung. Dieser Zielbetrag wird durch den Fair Value der Optionen und der PSUs geteilt, um die Anzahl Units bei Zuteilung zu eruieren. Der Fair Value pro Option und PSU zum Zeitpunkt der Zuteilung wird von Drittparteien bestimmt. Dies erfolgt für die Optionen basie-

rend auf dem Enhanced-American-Preismodell und für die PSUs basierend auf dem Monte-Carlo-Preismodell (unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Über- oder Untererfüllung der Leistungsziele). Die Optionen werden in gleichen jährlichen Raten über einen Zeitraum von vier Jahren und vier Monaten unverfallbar (vesting), sofern ein im Voraus festgelegtes ROCE-Ziel erreicht wird, und ihr maximaler Unverfallbarkeitsgrad (vesting) beträgt 100%. Die PSUs werden über einen Zeitraum von drei Jahren und vier Monaten in Abhängigkeit vom relativen TSR unverfallbar (vesting) und haben einen maximalen Unverfallbarkeitsgrad (vesting) von 200%. Die PSUs und Optionen unterliegen im Anschluss an die Unverfallbarkeit (vesting) einer Sperrfrist, damit eine Gesamtsperrdauer von fünf Jahren ab dem Datum der Zuteilung erreicht wird.

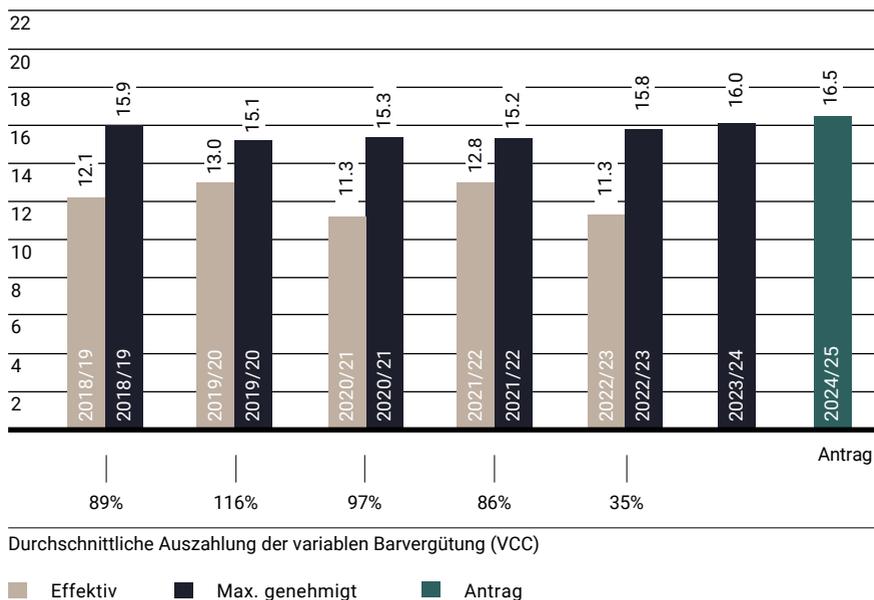
Der beantragte maximale Gesamtbetrag für die Geschäftsleitung beinhaltet eine Reserve für nicht zugesagte Erhöhungen der Vergütungen in Übereinstimmung mit erwarteten marktkonformen Anpassungen sowie eine Reserve für unvorhergesehene Ereignisse.

Sonova leistet die obligatorischen Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen (AHV/ALV) für die Mitglieder der Geschäftsleitung gemäss den geltenden gesetzlichen Vorgaben. Diese Beiträge sind nicht Bestandteil des maximalen Gesamtbetrages der Vergütung, da sie nicht mit hinreichender Sicherheit im Voraus geschätzt werden können. Die effektiv geleisteten Beiträge werden im Vergütungsbericht des betreffenden Jahres veröffentlicht.

Die Struktur, das System und die Komponenten der Vergütung der Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2024/25 bleiben voraussichtlich im Wesentlichen unverändert, abgesehen von den im Vergütungsbericht 2022/23 offengelegten Anpassungen.

Die folgende Übersicht zeigt die Vergütung der Geschäftsleitung ohne Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen in den vergangenen fünf Jahren und den beantragten maximalen Gesamtbetrag für das Geschäftsjahr 2024/25:

Gesamtvergütung in CHF Mio.



Die tatsächlichen Auszahlungen und Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2024/25 werden im Vergütungsbericht 2024/25 veröffentlicht.

Anhang zu Traktandum 8

Übersicht und Erläuterungen zu den Statutenänderungen

Am 19. Juni 2020 verabschiedete das Schweizer Parlament die Aktienrechtsrevision, die am 1. Januar 2023 in Kraft trat. Diese Revision des Obligationenrechts («OR») zielt darauf ab, die Aktionärsrechte zu stärken, die Corporate Governance zu verbessern und das Schweizer Gesellschaftsrecht im Allgemeinen zu modernisieren. Die Aktienrechtsrevision sieht eine Übergangsfrist von zwei Jahren vor, während derer Schweizer Gesellschaften ihre Statuten und sonstigen Reglemente an die neuen Bestimmungen anpassen müssen.

Daher beantragt der Verwaltungsrat an der Generalversammlung 2023, die Statuten mit dem neuen Recht in Einklang zu bringen. Der Verwaltungsrat schlägt ausserdem weitere Statutenänderungen vor, um die Statuten an die in der Schweiz geltenden Marktstandards anzupassen und die durch das neue Recht geschaffene Flexibilität zu nutzen.

Die beantragten Statutenänderungen sind gemäss dem Grundsatz der Einheit der Materie in fünf separate Traktanden (Traktanden 8.1 bis 8.5) nach Thema gegliedert. Eine detaillierte Erläuterung der beantragten Statutenänderungen finden Sie weiter unten.

Eine Gegenüberstellung des aktuellen Wortlauts und des beantragten abgeänderten Wortlauts der Statuten finden Sie in unserem Dokument «Generalversammlung 2023 – Änderungen der Statuten der Sonova Holding AG» («**Statutenrevision 2023**»), welches unter www.sonova.com/de/agm abrufbar ist. Die beantragten Statuten sind ebenfalls unter www.sonova.com/de/agm abrufbar.

Erläuterung zu Traktandum 8.1

Schaffung von langfristigem und nachhaltigem Wert

Die Gesellschaft ist bestrebt, sich klare Ziele zu setzen und die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu berücksichtigen und Entscheidungen zu treffen, welche die Interessen aller Stakeholders und die langfristigen finanziellen Ziele der Gesellschaft in Einklang bringen. Der Verwaltungsrat beantragt daher, dieses Engagement in die Statuten aufzunehmen und Art. 2 der Statuten um einen neuen Abs. 6 gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ergänzen (Seite 1).

Erläuterung zu Traktandum 8.2

Einführung Kapitalband

Das neue Schweizer Aktienrecht schafft die Grundlage für das sogenannte Kapitalband. Im Wesentlichen dient das Kapitalband einem ähnlichen Zweck wie das genehmigte Kapital, das mit dem neuen Recht abgeschafft wird. Mit der Einführung eines Kapitalbands ermächtigen die Aktionäre den Verwaltungsrat, innerhalb einer bestimmten Bandbreite während einer Dauer von längstens fünf Jahren das Aktienkapital zu erhöhen oder herabzusetzen. Die gesetzlich vorgesehene Bandbreite liegt zwischen 150% (Obergrenze) und 50% (Untergrenze) des im Zeitpunkt der Einführung des Kapitalbands im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals.

Da das derzeit in den Statuten vorgesehene genehmigte Kapital am 15. Juni 2024 ausläuft und danach nicht mehr erneuert werden kann, beantragt der Verwaltungsrat die Einführung eines Kapitalbands mit einer Obergrenze von 110% und einer Untergrenze von 90% des im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Einführung des Kapitalbands (d.h. unmittelbar nach der Eintragung der unter Traktandum 7 beantragten Kapitalherabsetzung im Handelsregister). Das Kapitalband wird der Gesellschaft ermöglichen, ihre finanzielle Flexibilität zu bewahren und schnell und angemessen auf veränderte Umstände zu reagieren.

Der Verwaltungsrat beantragt daher, Art. 5, Art. 6 und Art. 25 Abs. 2 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern (Seiten 2 und 3).

Anmerkung: Art. 6 der Statuten, der jede Kapitalerhöhung, bei der das Bezugs- oder das Vorzugszeichnungsrecht ausgeschlossen oder eingeschränkt wird, auf 10% des Aktienkapitals beschränkt, bleibt wirksam.

Erläuterung zu Traktandum 8.3 **Verwaltungsrat und Geschäftsleitung**

Das neue Schweizer Aktienrecht stellt weniger strenge Formvorschriften an Verwaltungsratsbeschlüsse. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, diese erleichterten Formvorschriften umzusetzen und die Möglichkeit einzuführen, Verwaltungsratsbeschlüsse auch in elektronischer Form zu fassen (Art. 18).

Die Befugnisse des Verwaltungsrates wurden mit dem neuen Schweizer Aktienrecht leicht angepasst. Es wird beantragt, diese Änderungen in die Statuten aufzunehmen (Art. 20).

Zudem wurden die formellen Voraussetzungen für die Delegation der Geschäftsführung an eine Geschäftsleitung revidiert. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, der Gesellschaft zu ermöglichen, von der dadurch geschaffenen neuen Flexibilität Gebrauch zu machen (Art. 21).

Ein Ziel der Aktienrechtsreform war es, die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften («**VegüV**») in das Bundesrecht zu überführen. Die meisten Bestimmungen der VegüV wurden unverändert ins Bundesrecht übernommen; nur wenige Bestimmungen wurden geändert. Der Verwaltungsrat beantragt, die Statuten anzupassen, um diese Änderungen abzubilden. Das revidierte Recht sieht vor, dass der Vergütungsbericht der Generalversammlung zur Konsultativabstimmung vorgelegt werden muss, wenn prospektiv über die variable Vergütung abgestimmt wird. Der Verwaltungsrat beantragt, dies mit einem neuen Absatz 5 in Art. 26 der Statuten umzusetzen. Ausserdem untersagt das revidierte Recht die Verwendung des Zusatzbetrags für Beförderungen innerhalb der Geschäftsleitung; der Verwaltungsrat beantragt, Art. 27 entsprechend zu ändern.

Schliesslich beabsichtigt der Verwaltungsrat, die maximale Anzahl der zulässigen Mandate ausserhalb des Sonova-Konzerns für die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung zu reduzieren, um weiterhin eine effektive Corporate Governance zu gewährleisten (Art. 30).

Der Verwaltungsrat beantragt daher, Art. 18 Abs. 1 und 3, Art. 20, Art. 21 Abs. 1, Art. 26 Abs. 5, Art. 27 und Art. 30 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern (Seiten 4 bis 6).

Erläuterung zu Traktandum 8.4

Zertifikate, Generalversammlung, Aktionärsrechte und Kommunikation mit den Aktionären

Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 7 Abs. 1 der Statuten zu ändern, um die Flexibilität bezüglich der rechtlichen und technologischen Grundlagen der Aktien zu erhöhen und die Bestimmung an den revidierten Wortlaut des neuen Rechts anzupassen. Unter anderem soll die Möglichkeit in die Statuten aufgenommen werden, tokenisierte Aktien in Form von Wertrechten auszugeben, die auf der Distributed-Ledger-Technologie basieren. Obwohl der Verwaltungsrat derzeit nicht beabsichtigt, Aktien in dieser Form auszugeben, ist er der Ansicht, dass es im Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre liegt, diese Möglichkeit in Zukunft zu haben. Ferner beantragt der Verwaltungsrat, in den Statuten klarzustellen, dass die Aktionäre zwar eine schriftliche Bescheinigung über die von ihnen gehaltenen Aktien verlangen können, nicht aber die Verbriefung ihrer Mitgliedschaft in einem eigentlichen Wertpapier (Art. 7 Abs. 3), da dies der Gesellschaft unnötige Kosten verursachen würde.

Die Aktienrechtsrevision stärkt nicht nur bereits bestehende Aktionärsrechte, sondern erweitert auch die Befugnisse der Generalversammlung. Der Verwaltungsrat beantragt, Art. 10 der Statuten anzupassen, um dem neuen Recht Rechnung zu tragen.

Die Aktienrechtsrevision zielt darauf ab, die Aktionärsrechte zu stärken, indem unter anderem die Schwellenwerte für die Ausübung bestimmter Aktionärsrechte gesenkt wurden. So wurde der Schwellenwert für das Recht, eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, von 10% auf 5% des Aktienkapitals oder der Stimmen gesenkt. Dies ist in Art. 11 Abs. 4 der Statuten festgehalten. Darüber hinaus können Aktionäre, die über mindestens 0.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen verfügen, die Aufnahme eines Traktandums in die Einladung der Generalversammlung verlangen. Dies ist in Art. 12 Abs. 3 der Statuten festgehalten.

Das revidierte Recht erlaubt mehr Flexibilität in Bezug auf die Kommunikation mit den Aktionären und Publikationen. Während das Schweizerische Handelsamtsblatt weiterhin das offizielle Publikationsorgan der Gesellschaft sein wird, beantragt der Verwaltungsrat, der Gesellschaft den Einsatz flexiblerer und modernerer Kommunikationsmittel wie E-Mail zu ermöglichen (Art. 12 Abs. 1 und Art. 35 Abs. 3). Die übrigen Änderungen von Art. 12 Abs. 1, 2 und 3 widerspiegeln das neue Recht.

Unter dem neuen Recht müssen kotierte Gesellschaften die Beschlüsse und Wahlergebnisse unter Angabe der genauen Stimmenverhältnisse innerhalb von 15 Tagen nach der Generalversammlung auf elektronischem Weg zugänglich machen. Darüber hinaus kann jeder Aktionär verlangen, dass ihm das Protokoll innerhalb von 30 Tagen nach der Generalversammlung zur Verfügung gestellt wird. Aus Transparenzgründen beantragt der Verwaltungsrat, diese neuen gesetzlichen Vorgaben in Art. 13 Abs. 4 der Statuten aufzunehmen. Die übrigen Änderungen von Art. 13 Abs. 1 und 2 sind formeller Natur oder widerspiegeln das neue Recht.

Die beantragten Änderungen von Art. 15 Abs. 4 und Art. 33 entsprechen dem Wortlaut des revidierten Aktienrechts.

Der Verwaltungsrat beantragt daher, Art. 7 Abs. 1 und 3, Art. 10, Art. 11 Abs. 4, Art. 12 Abs. 1, 2 und 3, Art. 13 Abs. 1, 2 und 4, Art. 15 Abs. 4, Art. 33 und Art. 35 Abs. 3 der Statuten gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** zu ändern (Seiten 7 bis 11).

Erläuterung zu Traktandum 8.5 Aufnahme der Möglichkeit virtueller Generalversammlungen

Das neue Aktienrecht erlaubt virtuelle Generalversammlungen, d.h. Generalversammlungen auf elektronischem Weg ohne physischen Tagungsort. Während der Covid-19 Pandemie erkannten Gesellschaften weltweit, wie wichtig es ist, flexible Versammlungsformen anbieten zu können.

Obwohl der Verwaltungsrat derzeit nicht plant, virtuelle oder hybride Generalversammlungen durchzuführen, beantragt er, die entsprechende Grundlage zu implementieren, um zusätzliche Flexibilität zu schaffen. Dies erscheint dem Verwaltungsrat besonders wichtig, da die Covid-Verordnung, die es Schweizer Aktiengesellschaften erlaubt hatte, während der Pandemie Generalversammlungen ohne persönliche Anwesenheit der Aktionäre abzuhalten, Ende 2022 auslief.

Sollte eine virtuelle Versammlung abgehalten werden, würde der Verwaltungsrat sicherstellen, dass die Aktionäre bei der elektronischen Teilnahme die gleichen Rechte haben wie bei einer Generalversammlung mit persönlicher Teilnahme (einschliesslich Rede-, Informations-, Stimm- und Wahlrecht).

Der Verwaltungsrat beantragt daher, einen neuen Art. 12a gemäss dem Dokument **Statutenrevision 2023** in die Statuten aufzunehmen (Seite 12).

Organisatorische Hinweise

Unterlagen

Der Geschäftsbericht einschliesslich Vergütungsbericht, die konsolidierte Konzern-Jahresrechnung der Gruppe und die Jahresrechnung der Sonova Holding AG sowie die Berichte der Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2022/23 liegen ab dem 16. Mai 2023 zur Einsichtnahme durch die Aktionäre am Sitz der Gesellschaft an der Laubisrütistrasse 28 in CH-8712 Stäfa, Schweiz auf. Sie können diese Unterlagen auch auf www.sonova.com herunterladen.

Aktienregister

Stimmberechtigte Aktionäre, die bis zum 7. Juni 2023 im Aktienregister eingetragen sind, erhalten diese Einladung zur ordentlichen Generalversammlung mit der Traktandenliste und den Anträgen des Verwaltungsrates direkt zugestellt. Vom 8. Juni 2023 bis zum 12. Juni 2023 werden keine Eintragungen im Aktienregister vorgenommen. Namenaktionäre, die ihre Aktien vor der ordentlichen Generalversammlung verkaufen, sind nicht mehr stimmberechtigt.

Vertretung/Vollmacht

Aktionäre, die nicht persönlich an der Generalversammlung teilnehmen, können sich wie folgt vertreten lassen:

- durch eine andere Person, die nicht Aktionär zu sein braucht: Für die Erteilung einer solchen Vollmacht genügt der ausgefüllte und unterzeichnete Antwortschein. Die Zutrittskarte wird dem Bevollmächtigten direkt zugestellt.
- durch die unabhängige Stimmrechtsvertreterin, Anwaltskanzlei Keller AG¹⁾, Splügenstrasse 8, CH-8002 Zürich, Schweiz: Die Vollmacht wird erteilt, indem das beiliegende Antwortformular entsprechend ausgefüllt wird. Soweit der unterzeichnete Antwortschein keine besonderen Weisungen enthält, wird die unabhängige Stimmrechtsvertreterin vom Aktionär angewiesen, den Anträgen des Verwaltungsrates zuzustimmen. Die letzte Frist für die Erteilung von Weisungen an die unabhängige Stimmrechtsvertreterin ist der 8. Juni 2023.

Aktionärsfragen zu Traktanden

Die Sonova Holding AG bietet ihren Aktionären die Möglichkeit, bis zum 1. Juni 2023 Fragen zum Geschäftsbericht und zu den Traktanden per E-Mail via agm@sonova.com zu stellen. Die Aktionäre werden gebeten, ihren vollständigen Namen und Wohnsitz anzugeben, um Sonova die Überprüfung des Aktienbesitzes zu ermöglichen. Der Verwaltungsrat wird Fragen, die für die übrigen Aktionäre relevant sind, an der Generalversammlung beantworten. Soweit möglich, werden einige oder alle der verbleibenden Fragen durch direkte Antwort an den Aktionär beantwortet.

Verwendung der Onlineplattform

Sonova Holding AG stellt ihren Aktionären eine Onlineplattform zur Verfügung. Aktionäre, die im Aktienregister mit Stimmrecht eingetragen sind, können diese Plattform nutzen, um der unabhängigen Stimmrechtsvertreterin Weisungen zu erteilen. Die für den individuellen Zugang

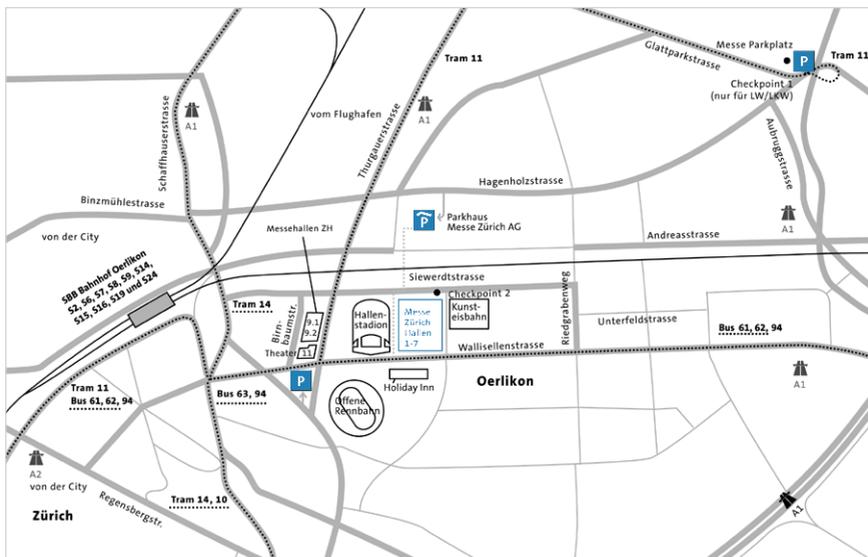
¹⁾ vorher: Anwaltskanzlei Keller KLG.

zur Onlineplattform notwendigen Informationen sind auf dem beiliegenden Antwortschein abgedruckt. Die Aktionäre können Vollmacht und Weisungen an die unabhängige Stimmrechtsvertreterin via Onlineplattform bis am 8. Juni 2023, 23.59 Uhr erteilen.

Sprache

Die ordentliche Generalversammlung wird in deutscher Sprache abgehalten. Für hörgeschädigte Teilnehmer steht eine FM-Anlage zur Verfügung. FM-Empfänger können am Eingang ausgeliehen werden.

ANKUNFT/ANREISE



Hinweise für die Teilnehmer

Benützen Sie bitte die öffentlichen Verkehrsmittel, da am Ort der Veranstaltung, der Messe Zürich, nur beschränkt Parkiermöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Öffentliche Verkehrsmittel

Von Zürich Hauptbahnhof nach Zürich Oerlikon verkehren die Züge S2, S6, S7, S8, S9, S14, S15, S16, S19 und S24.

Vom Bahnhof Zürich Oerlikon fahren Sie weiter mit dem Tram Nr. 11, Bus Nr. 61, Bus Nr. 62 oder Bus Nr. 94 bis Haltestelle Messe/Hallenstadion.

Zu Fuss: vom Bahnhof Zürich Oerlikon zur Messe Zürich in ca. 10 Minuten.

Sonova Holding AG

Laubisrütistrasse 28

8712 Stäfa

Schweiz

Telefon + 41 58 928 33 33

Fax + 41 58 928 33 99

E-Mail agm@sonova.com

Website www.sonova.com

Sennheiser™ ist eine eingetragene Marke der Sennheiser electronic GmbH & Co. KG und deren Verwendung erfolgt unter Lizenz von Sonova.

Unsere Hauptmarken

PHONAK **unitron** AudioNova 

 **ADVANCED
BIONICS**

Lizenzierte Marke

 **SENNHEISER**

Ordentliche Generalversammlung 2023

Sonova Holding AG

Beantragte Änderungen der Statuten

("Statutenrevision 2023")

Die Einladung zur ordentlichen Generalversammlung 2023 enthält in ihrem Anhang zu Traktandum 8 eine detaillierte Erklärung der beantragten Statutenänderungen sowie einen Verweis auf dieses Dokument, die **Statutenrevision 2023**. Untenstehend finden Sie (i) einen Vergleich des aktuellen Wortlautes der Statuten mit den beantragten Änderungen sowie (ii) die zur Änderung beantragten Statuten in Reinfassung.

Die beantragten Statuten sind gesamthaft abrufbar unter www.sonova.com/de/agm.

Das Folgende spiegelt Traktandum 8 der Einladung wider und gruppiert die beantragten Statutenänderungen anhand der fünf verschiedenen Traktanden (Traktanden 8.1 bis 8.5).

Beantragte Änderungen sind blau hervorgehoben und unterstrichen

Beantragte Streichungen sind ~~rot hervorgehoben und durchgestrichen~~

Vergleich aktueller Wortlaut / beantragte Änderungen

Reinfassung

Vergleich zu Traktandum 8.1

Schaffung von langfristigem und nachhaltigem Wert

Art. 2 Zweck

Die Gesellschaft bezweckt den Erwerb, die Finanzierung und die Verwaltung von Beteiligungen, insbesondere bei Gesellschaften der Gruppe.

Sie kann auch Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland errichten und Beteiligungen an anderen Gesellschaften im In- und Ausland erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Grundeigentum erwerben, belasten, veräußern und verwalten.

Sie kann auch Finanzierungen für eigene oder fremde Rechnung vornehmen, Kapitalien verwalten sowie Garantien und Bürgschaften für Tochtergesellschaften und Dritte eingehen.

Die Gesellschaft kann alle anderen Geschäfte tätigen, welche ihrem Zweck förderlich sind.

Bei der Verfolgung ihres Gesellschaftszwecks strebt die Gesellschaft die Schaffung von langfristigem, nachhaltigem Wert an.

Art. 2 Zweck

Die Gesellschaft bezweckt den Erwerb, die Finanzierung und die Verwaltung von Beteiligungen, insbesondere bei Gesellschaften der Gruppe.

Sie kann auch Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland errichten und Beteiligungen an anderen Gesellschaften im In- und Ausland erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Grundeigentum erwerben, belasten, veräußern und verwalten.

Sie kann auch Finanzierungen für eigene oder fremde Rechnung vornehmen, Kapitalien verwalten sowie Garantien und Bürgschaften für Tochtergesellschaften und Dritte eingehen.

Die Gesellschaft kann alle anderen Geschäfte tätigen, welche ihrem Zweck förderlich sind.

Bei der Verfolgung ihres Gesellschaftszwecks strebt die Gesellschaft die Schaffung von langfristigem, nachhaltigem Wert an.

Art. 5 ~~Genehmigtes Aktienkapital~~ Kapitalband

Die Gesellschaft verfügt über ein Kapitalband zwischen CHF 2'683'206.45 (untere Grenze) und CHF 3'279'474.45 (obere Grenze). Der Verwaltungsrat ist im Rahmen des Kapitalbands ermächtigt, ~~jederzeit~~ bis zum ~~15.~~ 12. Juni ~~2024~~ 2028 oder bis zu einem früheren Dahinfallen des Kapitalbands das Aktienkapital ~~im Maximalbetrag von CHF 305'798.59~~ einmal oder mehrmals und in Beträgen zu erhöhen oder herabzusetzen oder Aktien direkt oder indirekt zu erwerben oder zu veräussern. Die Kapitalerhöhung oder -herabsetzung kann durch Ausgabe von ~~höchstens~~ bis zu 5'962'680 voll zu liberierenden Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.05 ~~zu erhöhen. Erhöhungen in Teilbeträgen sind gestattet~~ bzw. Vernichtung von bis zu 5'962'680 Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.05 oder durch eine Erhöhung bzw. Herabsetzung der Nennwerte der bestehenden Namenaktien im Rahmen des Kapitalbands erfolgen.

Im Falle einer Ausgabe von Aktien unterliegen Zeichnung und Erwerb der neuen Aktien sowie jede nachfolgende Übertragung der Aktien ~~unterliegen~~ den Beschränkungen gemäss diesen Statuten.

~~Der~~ Bei einer Erhöhung des Aktienkapitals im Rahmen des Kapitalbands legt der Verwaltungsrat ~~legt~~, soweit erforderlich, den Ausgabebetrag, die Art der Einlagen, (einschliesslich Barliberierung, Sacheinlage, Verrechnung und Umwandlung von Reserven oder eines Gewinnvortrags in Aktienkapital), den Zeitpunkt der Ausgabe, die Bedingungen der Bezugsrechtsausübung und den Beginn der Dividendenberechtigung fest. Dabei kann der Verwaltungsrat neue Aktien mittels Festübernahme durch eine Bank, ein Bankenkonsortium oder einen anderen Dritten und anschliessendem Angebot an die bisherigen Aktionäre oder an Dritte (sofern die Bezugsrechte der bisherigen Aktionäre ausgeschlossen sind oder nicht gültig ausgeübt werden) ausgeben. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, den Handel mit Bezugsrechten zu ermöglichen, zu beschränken oder auszuschliessen. Nicht gültig ausgeübte Bezugsrechte kann der Verwaltungsrat verfallen lassen, oder er kann diese bzw. Aktien, für welche Bezugsrechte eingeräumt, aber nicht gültig ausgeübt werden, zu Marktkonditionen platzieren oder anderweitig im Interesse der Gesellschaft verwenden.

Der Verwaltungsrat ist ~~ferner~~ im Fall einer Ausgabe von Aktien ermächtigt, das Bezugsrecht der bisherigen Aktionäre auszuschliessen oder zu beschränken und Dritten, der Gesellschaft oder einer ihrer Konzerngesellschaften zuzuweisen:

- a) für die Beschaffung von Eigenkapital auf eine schnelle und flexible Weise, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien unter Berücksichtigung des Marktpreises festgesetzt wird; oder

Art. 5 Kapitalband

Die Gesellschaft verfügt über ein Kapitalband zwischen CHF 2'683'206.45 (untere Grenze) und CHF 3'279'474.45 (obere Grenze). Der Verwaltungsrat ist im Rahmen des Kapitalbands ermächtigt, bis zum 12. Juni 2028 oder bis zu einem früheren Dahinfallen des Kapitalbands das Aktienkapital einmal oder mehrmals und in Beträgen zu erhöhen oder herabzusetzen oder Aktien direkt oder indirekt zu erwerben oder zu veräussern. Die Kapitalerhöhung oder -herabsetzung kann durch Ausgabe von bis zu 5'962'680 voll zu liberierenden Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.05 bzw. Vernichtung von bis zu 5'962'680 Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.05 oder durch eine Erhöhung bzw. Herabsetzung der Nennwerte der bestehenden Namenaktien im Rahmen des Kapitalbands erfolgen.

Im Falle einer Ausgabe von Aktien unterliegen Zeichnung und Erwerb der neuen Aktien sowie jede nachfolgende Übertragung der Aktien den Beschränkungen gemäss diesen Statuten.

Bei einer Erhöhung des Aktienkapitals im Rahmen des Kapitalbands legt der Verwaltungsrat, soweit erforderlich, den Ausgabebetrag, die Art der Einlagen (einschliesslich Barliberierung, Sacheinlage, Verrechnung und Umwandlung von Reserven oder eines Gewinnvortrags in Aktienkapital), den Zeitpunkt der Ausgabe, die Bedingungen der Bezugsrechtsausübung und den Beginn der Dividendenberechtigung fest. Dabei kann der Verwaltungsrat neue Aktien mittels Festübernahme durch eine Bank, ein Bankenkonsortium oder einen anderen Dritten und anschliessendem Angebot an die bisherigen Aktionäre oder an Dritte (sofern die Bezugsrechte der bisherigen Aktionäre ausgeschlossen sind oder nicht gültig ausgeübt werden) ausgeben. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, den Handel mit Bezugsrechten zu ermöglichen, zu beschränken oder auszuschliessen. Nicht gültig ausgeübte Bezugsrechte kann der Verwaltungsrat verfallen lassen, oder er kann diese bzw. Aktien, für welche Bezugsrechte eingeräumt, aber nicht gültig ausgeübt werden, zu Marktkonditionen platzieren oder anderweitig im Interesse der Gesellschaft verwenden.

Der Verwaltungsrat ist im Fall einer Ausgabe von Aktien ermächtigt, das Bezugsrecht der bisherigen Aktionäre auszuschliessen oder zu beschränken und Dritten, der Gesellschaft oder einer ihrer Konzerngesellschaften zuzuweisen:

- a) für die Beschaffung von Eigenkapital auf eine schnelle und flexible Weise, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien unter Berücksichtigung des Marktpreises festgesetzt wird; oder

- b) für die Übernahme von Unternehmen, Unternehmens- teilen oder Beteiligungen oder Investitionsvorhaben der Gesellschaft oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder für die Finanzierung oder Refinanzierung solcher Transaktionen; oder
- c) zum Zwecke der Erweiterung des Aktionärskreises der Gesellschaft in bestimmten Finanz- oder Investoren- Märkten, zur Beteiligung von strategischen Partnern oder im Zusammenhang mit der Kotierung von neuen Aktien an inländischen oder ausländischen Börsen.

Nach einer Nennwertveränderung sind neue Aktien im Rahmen des Kapitalbands mit gleichem Nennwert auszugeben wie die bestehenden Namenaktien.

Bei einer Herabsetzung des Aktienkapitals im Rahmen des Kapitalbands legt der Verwaltungsrat, soweit erforderlich, die Verwendung des Herabsetzungsbetrags fest.

Art. 6 Ausschluss des Bezugs- oder Vorwegzeich- nungsrechts

Bis zum ~~15.-12. Juni 2024~~ 12. Juni 2028 darf die Gesamtzahl der neuen Namenaktien, welche (i) aus bedingtem Aktienkapital gemäss Art. 4 unter Ausschluss der Bezugs- oder Vorwegzeichnungs- rechte und (ii) aus ~~genehmigtem—Aktienkapital~~ dem Kapitalband gemäss Art. 5 unter Ausschluss oder Beschränkung der Bezugsrechte ausgegeben werden, ~~6'115'971~~ 5'962'680 neue Aktien nicht überschreiten.

Art. 25 Wahl, Amtsdauer, Aufgaben

Die Generalversammlung wählt jeweils für eine Amtsdauer von einem Jahr ein staatlich beaufsichtigtes Revisions- unternehmen im Sinne von Art. 727 OR als Revisionsstelle mit den gesetzlich umschriebenen Aufgaben, Rechten und Pflichten. Die Revisoren haben den gesetzlichen Anfor- derungen bezüglich Befähigung und Unabhängigkeit zu entsprechen.

Die Generalversammlung kann für eine Amtsdauer von maximal drei Jahren eine Spezialrevisionsstelle wählen, welche die bei ~~Kapitalerhöhungen~~ Kapitalveränderungen vorgeschriebenen Prüfungsbestätigungen ~~(Art. 652f, 653f und 653i OR)~~ abgibt.

- b) für die Übernahme von Unternehmen, Unternehmens- teilen oder Beteiligungen oder Investitionsvorhaben der Gesellschaft oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder für die Finanzierung oder Refinanzierung solcher Transaktionen; oder
- c) zum Zwecke der Erweiterung des Aktionärskreises der Gesellschaft in bestimmten Finanz- oder Investoren- Märkten, zur Beteiligung von strategischen Partnern oder im Zusammenhang mit der Kotierung von neuen Aktien an inländischen oder ausländischen Börsen.

Nach einer Nennwertveränderung sind neue Aktien im Rahmen des Kapitalbands mit gleichem Nennwert auszugeben wie die bestehenden Namenaktien.

Bei einer Herabsetzung des Aktienkapitals im Rahmen des Kapitalbands legt der Verwaltungsrat, soweit erforderlich, die Verwendung des Herabsetzungsbetrags fest.

Art. 6 Ausschluss des Bezugs- oder Vorwegzeich- nungsrechts

Bis zum 12. Juni 2028 darf die Gesamtzahl der neuen Namen- aktien, welche (i) aus bedingtem Aktienkapital gemäss Art. 4 unter Ausschluss der Bezugs- oder Vorwegzeichnungsrechte und (ii) aus dem Kapitalband gemäss Art. 5 unter Ausschluss oder Beschränkung der Bezugsrechte ausgegeben werden, 5'962'680 neue Aktien nicht überschreiten.

Art. 25 Wahl, Amtsdauer, Aufgaben

Die Generalversammlung wählt jeweils für eine Amtsdauer von einem Jahr ein staatlich beaufsichtigtes Revisions- unternehmen im Sinne von Art. 727 OR als Revisionsstelle mit den gesetzlich umschriebenen Aufgaben, Rechten und Pflichten. Die Revisoren haben den gesetzlichen Anfor- derungen bezüglich Befähigung und Unabhängigkeit zu entsprechen.

Die Generalversammlung kann für eine Amtsdauer von maximal drei Jahren eine Spezialrevisionsstelle wählen, welche die bei Kapitalveränderungen vorgeschriebenen Prüfungsbestätigungen abgibt.

Art. 18 **Beschlüsse**

Zur Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder erforderlich. Kein Präsenzquorum ist erforderlich für die Anpassungs- und Feststellungsbeschlüsse des Verwaltungsrates im Zusammenhang mit ~~Kapitalerhöhungen~~ Kapitalveränderungen.

Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse und vollzieht seine Wahlen mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen. Bei Stimmgleichheit steht dem Vorsitzenden der Stichentscheid zu.

Beschlüsse können auch auf dem Wege der schriftlichen Zustimmung (~~Brief, Telefax oder andere schriftliche~~ in elektronischer Form) ~~zu einem gestellten Antrag~~ gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt. Zirkulationsbeschlüsse sind in das Protokoll der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates aufzunehmen.

Art. 20 **Unübertragbare Aufgaben**

Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
2. die Genehmigung der Unternehmenspolitik und -strategie;
3. die Festlegung der Organisation und der Erlass des Organisationsreglementes;
4. die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung;
5. die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen;
6. die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, auch im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
7. die Erstellung des Geschäftsberichtes, des Vergütungsberichtes sowie ~~die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse~~ gegebenenfalls des Berichts über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964c OR;
8. die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
9. die gemäss Fusionsgesetz unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben und Befugnisse des Verwaltungsrates;

Art. 18 **Beschlüsse**

Zur Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder erforderlich. Kein Präsenzquorum ist erforderlich für die Anpassungs- und Feststellungsbeschlüsse des Verwaltungsrates im Zusammenhang mit Kapitalveränderungen.

Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse und vollzieht seine Wahlen mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen. Bei Stimmgleichheit steht dem Vorsitzenden der Stichentscheid zu.

Beschlüsse können auch auf dem Wege der schriftlichen Zustimmung oder in elektronischer Form gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt. Zirkulationsbeschlüsse sind in das Protokoll der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates aufzunehmen.

Art. 20 **Unübertragbare Aufgaben**

Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
2. die Genehmigung der Unternehmenspolitik und -strategie;
3. die Festlegung der Organisation und der Erlass des Organisationsreglementes;
4. die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung;
5. die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen;
6. die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, auch im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
7. die Erstellung des Geschäftsberichtes, des Vergütungsberichtes sowie gegebenenfalls des Berichts über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964c OR;
8. die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
9. die gemäss Fusionsgesetz unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben und Befugnisse des Verwaltungsrates;

[§10. die Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung](#) und die Benachrichtigung des [RichtersGerichts](#) im Falle der Überschuldung.

10. die Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und die Benachrichtigung des Gerichts im Falle der Überschuldung.

Art. 21 Übertragung der Vertretung, Geschäftsführung

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, die Vertretung der Gesellschaft, und nach Massgabe eines Organisationsreglements [oder durch einen Beschluss](#) die Geschäftsführung oder einzelne Zweige derselben, an einzelne Mitglieder des Verwaltungsrates oder an Dritte zu übertragen.

Dieses Reglement ordnet die Geschäftsführung, bestimmt die hierfür erforderlichen Stellen, umschreibt deren Aufgaben und regelt insbesondere die Berichterstattung.

Art. 21 Übertragung der Vertretung, Geschäftsführung

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, die Vertretung der Gesellschaft, und nach Massgabe eines Organisationsreglements oder durch einen Beschluss die Geschäftsführung oder einzelne Zweige derselben, an einzelne Mitglieder des Verwaltungsrates oder an Dritte zu übertragen.

Dieses Reglement ordnet die Geschäftsführung, bestimmt die hierfür erforderlichen Stellen, umschreibt deren Aufgaben und regelt insbesondere die Berichterstattung.

Art. 26 Genehmigung der Vergütung durch die Generalversammlung

Die Generalversammlung genehmigt jährlich die Anträge des Verwaltungsrates in Bezug auf den maximalen Gesamtbetrag der

1. Vergütung des Verwaltungsrates für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung;
2. Vergütung der Geschäftsleitung für das folgende Geschäftsjahr.

Der Verwaltungsrat kann der Generalversammlung zusätzliche oder abweichende Anträge in Bezug auf die gleichen oder andere Zeitperioden zur Genehmigung unterbreiten.

Wird ein Antrag des Verwaltungsrates nicht genehmigt, setzt der Verwaltungsrat unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren den entsprechenden maximalen Gesamtbetrag der Vergütung oder maximale Teilbeträge für spezifische Vergütungselemente fest und unterbreitet den oder die so festgesetzten Beträge derselben oder einer folgenden Generalversammlung zur Genehmigung.

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Gesellschaften können Vergütungen vor der Genehmigung durch eine Generalversammlung unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung ausrichten.

[Werden variable Vergütungen prospektiv genehmigt, legt der Verwaltungsrat der Generalversammlung den Vergütungsbericht zur Konsultativabstimmung vor.](#)

Art. 26 Genehmigung der Vergütung durch die Generalversammlung

Die Generalversammlung genehmigt jährlich die Anträge des Verwaltungsrates in Bezug auf den maximalen Gesamtbetrag der

1. Vergütung des Verwaltungsrates für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung;
2. Vergütung der Geschäftsleitung für das folgende Geschäftsjahr.

Der Verwaltungsrat kann der Generalversammlung zusätzliche oder abweichende Anträge in Bezug auf die gleichen oder andere Zeitperioden zur Genehmigung unterbreiten.

Wird ein Antrag des Verwaltungsrates nicht genehmigt, setzt der Verwaltungsrat unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren den entsprechenden maximalen Gesamtbetrag der Vergütung oder maximale Teilbeträge für spezifische Vergütungselemente fest und unterbreitet den oder die so festgesetzten Beträge derselben oder einer folgenden Generalversammlung zur Genehmigung.

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Gesellschaften können Vergütungen vor der Genehmigung durch eine Generalversammlung unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung ausrichten.

Werden variable Vergütungen prospektiv genehmigt, legt der Verwaltungsrat der Generalversammlung den Vergütungsbericht zur Konsultativabstimmung vor.

Art. 27 Zusatzbetrag für Wechsel in der Geschäftsleitung

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Gesellschaften sind ermächtigt, jeder Person, die nach dem Zeitpunkt der Genehmigung der Vergütung durch die Generalversammlung ein Mitglied ~~wird oder innerhalb~~ der Geschäftsleitung ~~befördert~~ wird, während der Dauer der bereits genehmigten Vergütungsperiode(n) einen Zusatzbetrag auszurichten. Der Zusatzbetrag darf je Vergütungsperiode und je solches Mitglied 30% des letzten von der Generalversammlung genehmigten Gesamtbetrages der Vergütung nicht übersteigen.

Art. 30 Mandate ausserhalb der Gesellschaft

Kein Mitglied des Verwaltungsrates kann mehr als vier ~~zusätzliche~~ Mandate in börsenkotierten Gesellschaften und ~~insgesamt~~ nicht mehr als ~~sechs zusätzliche~~ fünf Mandate in anderen Gesellschaften oder Organisationen wahrnehmen.

Kein Mitglied der Geschäftsleitung kann mehr als ein ~~zusätzliches~~ Mandat in einer börsenkotierten Gesellschaft und ~~insgesamt~~ nicht mehr als ~~fünf zusätzliche~~ drei Mandate in anderen Gesellschaften oder Organisationen wahrnehmen. Jedes dieser Mandate bedarf der Genehmigung durch den Verwaltungsrat.

Als Mandate gelten Mandate in vergleichbaren Funktionen bei anderen Unternehmen sowie (Handels-)Verbänden, Gesellschaften, Stiftungen und ähnlichen Rechtseinheiten mit wirtschaftlichem Zweck.

Die folgenden Mandate fallen nicht unter diese Beschränkungen:

1. Mandate in Gesellschaften, die durch die Gesellschaft kontrolliert werden oder die Gesellschaft kontrollieren;
2. Mandate, die auf Anordnung der Gesellschaft oder von ihr kontrollierter Gesellschaften wahrgenommen werden. Kein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung kann mehr als zehn solche Mandate wahrnehmen; ~~und~~
- ~~3. Mandate in Vereinen und Verbänden, gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen, Trusts sowie Personalfürsorgestiftungen. Kein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung kann mehr als sechs solche Mandate wahrnehmen.~~

~~Als Mandate gelten Mandate im obersten Leitungsorgan einer Rechtseinheit, die zur Eintragung ins Handelsregister oder in ein entsprechendes ausländisches Register verpflichtet ist.~~ Mandate in verschiedenen Rechtseinheiten, die unter gemeinsamer Kontrolle stehen, gelten als ein Mandat.

Art. 27 Zusatzbetrag für Wechsel in der Geschäftsleitung

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Gesellschaften sind ermächtigt, jeder Person, die nach dem Zeitpunkt der Genehmigung der Vergütung durch die Generalversammlung ein Mitglied der Geschäftsleitung wird, während der Dauer der bereits genehmigten Vergütungsperiode(n) einen Zusatzbetrag auszurichten. Der Zusatzbetrag darf je Vergütungsperiode und je solches Mitglied 30% des letzten von der Generalversammlung genehmigten Gesamtbetrages der Vergütung nicht übersteigen.

Art. 30 Mandate ausserhalb der Gesellschaft

Kein Mitglied des Verwaltungsrates kann mehr als vier Mandate in börsenkotierten Gesellschaften und nicht mehr als fünf Mandate in anderen Gesellschaften oder Organisationen wahrnehmen.

Kein Mitglied der Geschäftsleitung kann mehr als ein Mandat in einer börsenkotierten Gesellschaft und nicht mehr als drei Mandate in anderen Gesellschaften oder Organisationen wahrnehmen. Jedes dieser Mandate bedarf der Genehmigung durch den Verwaltungsrat.

Als Mandate gelten Mandate in vergleichbaren Funktionen bei anderen Unternehmen sowie (Handels-)Verbänden, Gesellschaften, Stiftungen und ähnlichen Rechtseinheiten mit wirtschaftlichem Zweck.

Die folgenden Mandate fallen nicht unter diese Beschränkungen:

1. Mandate in Gesellschaften, die durch die Gesellschaft kontrolliert werden oder die Gesellschaft kontrollieren;
2. Mandate, die auf Anordnung der Gesellschaft oder von ihr kontrollierter Gesellschaften wahrgenommen werden. Kein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung kann mehr als zehn solche Mandate wahrnehmen.

Mandate in verschiedenen Rechtseinheiten, die unter gemeinsamer Kontrolle stehen, gelten als ein Mandat.

Art. 7 Zertifikate

Die Gesellschaft ~~gibt~~kann ihre Namenaktien ~~in Form von Einzelkunden,~~als Wertrechte nach Art. 973c oder 973d OR, als Bucheffekten im Sinne des Bucheffektengesetzes oder als Einzel- oder Globalurkunden ~~oder Wertrechten aus~~ausgeben.

Der Gesellschaft steht es im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben frei, ihre in einer dieser Formen ausgegebenen Namenaktien jederzeit und ohne Zustimmung der Aktionäre in eine andere Form umzuwandeln. Sie trägt die Kosten dafür.

Der Aktionär hat keinen Anspruch auf Umwandlung von in bestimmter Form ausgegebenen Namenaktien in eine andere Form. Insbesondere hat der Aktionär keinen Anspruch auf die Verbriefung der Mitgliedschaft in einem Wertpapier. Der Aktionär kann jedoch von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über seine im Aktienbuch eingetragenen Namenaktien verlangen.

Bucheffekten, denen Namenaktien der Gesellschaft zugrunde liegen, können nicht durch Zession übertragen werden. An diesen Bucheffekten können auch keine Sicherheiten durch Zession bestellt werden.

Art. 10 Befugnisse

Der Generalversammlung der Aktionäre stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. die Festsetzung und Änderung der Statuten;
2. die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, des Präsidenten des Verwaltungsrates, der Mitglieder des Vergütungsausschusses, der Revisionsstelle und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters;
3. die Genehmigung des Lageberichtes und der Konzernrechnung;
4. die Genehmigung der Jahresrechnung sowie die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes, insbesondere die Festsetzung der Dividende;
5. die Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve;
- ~~5~~6. die Genehmigung der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung gemäss Art. 26 der Statuten;

Art. 7 Zertifikate

Die Gesellschaft kann ihre Namenaktien als Wertrechte nach Art. 973c oder 973d OR, als Bucheffekten im Sinne des Bucheffektengesetzes oder als Einzel- oder Globalurkunden ausgeben.

Der Gesellschaft steht es im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben frei, ihre in einer dieser Formen ausgegebenen Namenaktien jederzeit und ohne Zustimmung der Aktionäre in eine andere Form umzuwandeln. Sie trägt die Kosten dafür.

Der Aktionär hat keinen Anspruch auf Umwandlung von in bestimmter Form ausgegebenen Namenaktien in eine andere Form. Insbesondere hat der Aktionär keinen Anspruch auf die Verbriefung der Mitgliedschaft in einem Wertpapier. Der Aktionär kann jedoch von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über seine im Aktienbuch eingetragenen Namenaktien verlangen.

Bucheffekten, denen Namenaktien der Gesellschaft zugrunde liegen, können nicht durch Zession übertragen werden. An diesen Bucheffekten können auch keine Sicherheiten durch Zession bestellt werden.

Art. 10 Befugnisse

Der Generalversammlung der Aktionäre stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. die Festsetzung und Änderung der Statuten;
2. die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, des Präsidenten des Verwaltungsrates, der Mitglieder des Vergütungsausschusses, der Revisionsstelle und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters;
3. die Genehmigung des Lageberichtes und der Konzernrechnung;
4. die Genehmigung der Jahresrechnung sowie die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes, insbesondere die Festsetzung der Dividende;
5. die Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve;
6. die Genehmigung der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung gemäss Art. 26 der Statuten;

- ~~6~~7. die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der mit der Geschäftsführung betrauten Personen;
- 8. die Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft;
- 9. gegebenenfalls die Genehmigung des Berichts über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964c OR;
- ~~7~~10. die Beschlussfassung über alle anderen, der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehaltenen Gegenstände.

- 7. die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der mit der Geschäftsführung betrauten Personen;
- 8. die Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft;
- 9. gegebenenfalls die Genehmigung des Berichts über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964c OR;
- 10. die Beschlussfassung über alle anderen, der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehaltenen Gegenstände.

Art. 11 Durchführung, Einberufung

Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden nach Bedürfnis einberufen.

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle, sowie in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen einberufen.

Aktionäre mit Stimmrecht, die zusammen mindestens ~~den zehnten Teil~~5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, können vom Verwaltungsrat, unter Angabe des ~~Grundes~~Verhandlungsgegenstandes und des Antrages, und bei Wahlen der Namen der vorgeschlagenen Kandidaten, schriftlich die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.

Art. 11 Durchführung, Einberufung

Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden nach Bedürfnis einberufen.

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle, sowie in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen einberufen.

Aktionäre mit Stimmrecht, die zusammen mindestens 5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, können vom Verwaltungsrat, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und des Antrages, und bei Wahlen der Namen der vorgeschlagenen Kandidaten, schriftlich die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.

Art. 12 Form der Einberufung, Traktandierungsrecht

Die Einladung zu ordentlichen und ausserordentlichen Generalversammlungen erfolgt spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstag ~~durch Veröffentlichung in den für Bekanntmachungen der Gesellschaft bestimmten Publikationsorganen, unter Angabe der Verhandlungsgegenstände sowie der Anträge des Verwaltungsrates und gegebenenfalls der Aktionäre, welche die Durchführung der Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangt haben.~~ gemäss Art. 35 der Statuten. In der Einladung sind bekanntzugeben:

- 1. Datum, Beginn, Art und Ort der Generalversammlung;
- 2. die Verhandlungsgegenstände;
- 3. die Anträge des Verwaltungsrates samt kurzer Begründung;
- 4. gegebenenfalls die Anträge der Aktionäre samt kurzer Begründung; und

Art. 12 Form der Einberufung, Traktandierungsrecht

Die Einladung zu ordentlichen und ausserordentlichen Generalversammlungen erfolgt spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstag gemäss Art. 35 der Statuten. In der Einladung sind bekanntzugeben:

- 1. Datum, Beginn, Art und Ort der Generalversammlung;
- 2. die Verhandlungsgegenstände;
- 3. die Anträge des Verwaltungsrates samt kurzer Begründung;
- 4. gegebenenfalls die Anträge der Aktionäre samt kurzer Begründung; und

5. der Name und die Adresse des unabhängigen Stimmrechtsvertreters.

~~Spätestens 20 Tage vor der Die Einladung zur~~ ordentlichen Generalversammlung ~~ist mit der Mitteilung zu verbinden, dass~~ sind der Geschäftsbericht, der Vergütungsbericht und die Revisionsberichte ~~bei der Gesellschaft zur Einsicht aufliegen und dass die Aktionäre die Zustellung dieser Berichte verlangen können~~ sowie gegebenenfalls der Bericht über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964c OR zugänglich zu machen.

Aktionäre mit Stimmrecht, welche mindestens ~~10.5%~~ 10.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, können unter Angabe der Anträge die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes oder die Aufnahme eines Antrages zu einem Verhandlungsgegenstand in die Einladung der Generalversammlung verlangen. Entsprechende Begehren sind schriftlich spätestens 60 Tage vor der Versammlung an den Präsidenten zu richten.

Art. 13 Vorsitz, Protokoll

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrates, bei dessen Verhinderung der Vizepräsident und falls auch dieser verhindert ist, ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates. Der Vorsitzende der Generalversammlung hat sämtliche Leitungsbefugnisse, die für die ordnungsgemässe Durchführung der Generalversammlung nötig und angemessen sind.

Der Vorsitzende bezeichnet den oder die Stimmzähler sowie den Protokollführer, die nicht Aktionäre zu sein brauchen.

Über die Generalversammlung wird ein Protokoll gemäss Art. 702 OR geführt, welches vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

Die Beschlüsse und Wahlergebnisse sind unter Angabe der genauen Stimmenverhältnisse innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Generalversammlung auf elektronischem Weg zugänglich zu machen; jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm das vollständige Protokoll innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Generalversammlung zugänglich gemacht wird.

Art. 15 Beschlussfassung, Wahlen

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit das Gesetz oder die Statuten es nicht anders bestimmen, mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen.

5. der Name und die Adresse des unabhängigen Stimmrechtsvertreters.

Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht, der Vergütungsbericht und die Revisionsberichte sowie gegebenenfalls der Bericht über nichtfinanzielle Belange nach Art. 964c OR zugänglich zu machen.

Aktionäre mit Stimmrecht, welche mindestens 0.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, können unter Angabe der Anträge die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes oder die Aufnahme eines Antrages zu einem Verhandlungsgegenstand in die Einladung der Generalversammlung verlangen. Entsprechende Begehren sind schriftlich spätestens 60 Tage vor der Versammlung an den Präsidenten zu richten.

Art. 13 Vorsitz, Protokoll

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrates, bei dessen Verhinderung der Vizepräsident und falls auch dieser verhindert ist, ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates. Der Vorsitzende der Generalversammlung hat sämtliche Leitungsbefugnisse, die für die ordnungsgemässe Durchführung der Generalversammlung nötig und angemessen sind.

Der Vorsitzende bezeichnet den oder die Stimmzähler sowie den Protokollführer, die nicht Aktionäre zu sein brauchen.

Über die Generalversammlung wird ein Protokoll gemäss Art. 702 OR geführt, welches vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

Die Beschlüsse und Wahlergebnisse sind unter Angabe der genauen Stimmenverhältnisse innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Generalversammlung auf elektronischem Weg zugänglich zu machen; jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm das vollständige Protokoll innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Generalversammlung zugänglich gemacht wird.

Art. 15 Beschlussfassung, Wahlen

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit das Gesetz oder die Statuten es nicht anders bestimmen, mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen.

Beschlussfassungen und Wahlen erfolgen offen, es sei denn, dass die Generalversammlung schriftliche oder elektronische Abstimmung respektive Wahl beschliesst oder der Vorsitzende dies anordnet. Der Vorsitzende kann eine Wahl oder Beschlussfassung in der gleichen oder einer anderen Form wiederholen lassen, sofern nach seiner Meinung Zweifel am Abstimmungsergebnis bestehen. In diesem Fall gilt die vorausgegangene Wahl oder Beschlussfassung als nicht erfolgt.

Bei schriftlichen Abstimmungen respektive Wahlen kann der Vorsitzende anordnen, dass zur Beschleunigung der Stimmauszählung nur die Stimmzettel derjenigen Aktionäre eingesammelt werden, die sich der Stimme enthalten oder eine Nein-Stimme abgeben wollen, und dass alle übrigen im Zeitpunkt der Abstimmung in der Generalversammlung vertretenen Aktien als Ja-Stimmen gewertet werden.

Ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, ist erforderlich für:

1. die Änderung des Gesellschaftszweckes;
2. die Einführung oder Aufhebung von Stimmrechtsaktien;
3. die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
- ~~4. eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung;~~
4. die Einführung eines bedingten Kapitals oder die Einführung eines Kapitalbands;
5. die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen ~~Sacheinlage~~Sacheinlagen oder ~~zwecks Sachübernahme~~durch Verrechnung mit einer Forderung und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
6. die Einschränkung oder Aufhebung der Bezugsrechte;
7. den Wechsel der Währung des Aktienkapitals;
8. die Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft;
- ~~7~~9. die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft;
810. die Auflösung der Gesellschaft mit oder ohne Liquidation.

Für die Aufhebung oder Lockerung der Bestimmungen über die Beschränkung der Übertragbarkeit von Aktien genügt die relative Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen.

Beschlussfassungen und Wahlen erfolgen offen, es sei denn, dass die Generalversammlung schriftliche oder elektronische Abstimmung respektive Wahl beschliesst oder der Vorsitzende dies anordnet. Der Vorsitzende kann eine Wahl oder Beschlussfassung in der gleichen oder einer anderen Form wiederholen lassen, sofern nach seiner Meinung Zweifel am Abstimmungsergebnis bestehen. In diesem Fall gilt die vorausgegangene Wahl oder Beschlussfassung als nicht erfolgt.

Bei schriftlichen Abstimmungen respektive Wahlen kann der Vorsitzende anordnen, dass zur Beschleunigung der Stimmauszählung nur die Stimmzettel derjenigen Aktionäre eingesammelt werden, die sich der Stimme enthalten oder eine Nein-Stimme abgeben wollen, und dass alle übrigen im Zeitpunkt der Abstimmung in der Generalversammlung vertretenen Aktien als Ja-Stimmen gewertet werden.

Ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, ist erforderlich für:

1. die Änderung des Gesellschaftszweckes;
2. die Einführung oder Aufhebung von Stimmrechtsaktien;
3. die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
4. die Einführung eines bedingten Kapitals oder die Einführung eines Kapitalbands;
5. die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlagen oder durch Verrechnung mit einer Forderung und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
6. die Einschränkung oder Aufhebung der Bezugsrechte;
7. den Wechsel der Währung des Aktienkapitals;
8. die Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft;
9. die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft;
10. die Auflösung der Gesellschaft mit oder ohne Liquidation.

Für die Aufhebung oder Lockerung der Bestimmungen über die Beschränkung der Übertragbarkeit von Aktien genügt die relative Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen.

Art. 33 Reserven, Gewinnverwendung

~~Von dem nach Abzug aller Unkosten, Zinsen, Verluste und sonstigen Lasten sowie nach Vornahme der erforderlichen Abschreibungen und Rückstellungen verbleibenden Jahresgewinn sind zunächst 5% der allgemeinen Reserve zuzuweisen, bis diese die Höhe von 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht hat.~~

Der Bilanzgewinn steht, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen ~~über weitere Zuweisungen an die Reserve und unter Vorbehalt von Art. 671 OR~~, zur freien Verfügung der Generalversammlung.

Die Generalversammlung kann neben der ~~gesetzlichen~~ gesetzlich vorgesehenen Reserve die Anlage ~~besonderer~~ weiterer Reserven beschliessen, die zu ihrer freien Verfügung bleiben.

Art. 35 Publikationsorgan

Publikationsorgan für Bekanntmachungen der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

Der Verwaltungsrat ist jederzeit berechtigt, weitere Publikationsorgane zu bestimmen.

Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre können nach Wahl des Verwaltungsrates gültig durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt oder in einer Form, die den ~~gesetzlich vorgeschriebenen Fällen erfolgen~~ brieflich Nachweis durch Text ermöglicht, an die im Aktienbuch ~~eingetragene Adresse~~ zuletzt eingetragenen Kontaktdaten des Aktionärs bzw. Zustellungsbevollmächtigten erfolgen.

Art. 33 Reserven, Gewinnverwendung

Der Bilanzgewinn steht, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen, zur freien Verfügung der Generalversammlung.

Die Generalversammlung kann neben der gesetzlich vorgesehenen Reserve die Anlage weiterer Reserven beschliessen, die zu ihrer freien Verfügung bleiben.

Art. 35 Publikationsorgan

Publikationsorgan für Bekanntmachungen der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

Der Verwaltungsrat ist jederzeit berechtigt, weitere Publikationsorgane zu bestimmen.

Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre können nach Wahl des Verwaltungsrates gültig durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt oder in einer Form, die den Nachweis durch Text ermöglicht, an die im Aktienbuch zuletzt eingetragenen Kontaktdaten des Aktionärs bzw. Zustellungsbevollmächtigten erfolgen.

Art. 12a **Tagungsort**

Der Verwaltungsrat bestimmt den Tagungsort der Generalversammlung.

Der Verwaltungsrat kann bestimmen, dass die Generalversammlung an verschiedenen Orten gleichzeitig durchgeführt wird, sofern die Voten der Teilnehmer unmittelbar in Bild und Ton an sämtliche Tagungsorte übertragen werden und/oder dass die Aktionäre, die nicht am Tagungsort oder den Tagungsorten der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können.

Alternativ kann der Verwaltungsrat vorsehen, dass die Generalversammlung auf elektronischem Weg ohne Tagungsort durchgeführt wird.

Art. 12a **Tagungsort**

Der Verwaltungsrat bestimmt den Tagungsort der Generalversammlung.

Der Verwaltungsrat kann bestimmen, dass die Generalversammlung an verschiedenen Orten gleichzeitig durchgeführt wird, sofern die Voten der Teilnehmer unmittelbar in Bild und Ton an sämtliche Tagungsorte übertragen werden und/oder dass die Aktionäre, die nicht am Tagungsort oder den Tagungsorten der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können.

Alternativ kann der Verwaltungsrat vorsehen, dass die Generalversammlung auf elektronischem Weg ohne Tagungsort durchgeführt wird.



sonova
HEAR THE WORLD

Invitation

38th Annual General Shareholders' Meeting
June 12, 2023

Invitation

38th Annual General Shareholders' Meeting

Sonova Holding AG

Dear shareholders,

We cordially invite you to this year's Annual General Shareholders' Meeting of Sonova Holding AG. We particularly look forward to welcoming you back, having not been able to hold an in-person meeting for three years due to the Covid-19 pandemic. This year's Annual General Shareholders' Meeting will take place on:

**Monday, June 12, 2023 at 3:00 p.m. (admittance at 2:00 p.m.)
Messe Zürich Hall 7, Wallisellenstrasse 49, 8050 Zürich**

If you are attending in person, please complete and sign the reply form and return it to us in the enclosed envelope. Your admission card will then be sent to you.

If you do not attend in person, you may have your voting rights exercised by another person or by the Independent Proxy. In the latter case, you can issue your voting instructions to the Independent Proxy on the enclosed reply form. We ask that you kindly return the completed and signed reply form in the enclosed envelope. Alternatively, you can provide online voting instructions to the Independent Proxy by following the instructions on the reply form.

The Board of Directors invites you to submit your questions to it in advance of the Annual General Shareholders' Meeting via email at agm@sonova.com until June 1, 2023. Questions that are also relevant to other shareholders will be responded to at the Annual General Shareholders' Meeting. You will find further information on organizational matters at the end of this invitation.

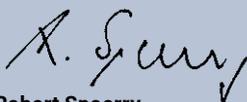
The Swiss Corporate Law Reform that became effective on January 1, 2023 means that the Board of Directors will be proposing several amendments to the Articles of Association of Sonova Holding AG ("**Articles of Association**"). The law has been revised to strengthen shareholder rights, to simplify and amend several processes, and to reflect technological developments.

The proposed amendments will be put to a vote of the shareholders in five different votes (following the principle of unity in subject matter); they can be found in the document titled "Annual General Shareholders' Meeting 2023 – Amendments to the Articles of Association of Sonova Holding AG" ("**2023 Amendments**"), which is available at www.sonova.com/en/agm. Therefore, this year's Annual General Shareholders' Meeting will require a little more time.

In addition, the Board of Directors proposes to amend the Articles of Association to allow the election of more than three members of the Nomination and Compensation Committee.

Please find enclosed the invitation, including the Agenda and the Motions of the Board of Directors, the reply form, and the Summary Report on the 2022/23 financial year. The complete and interactive 2022/23 Annual Report is available at report.sonova.com/2023.

We thank you for your continued trust and look forward to welcoming you to this year's Annual General Shareholders' Meeting.



Robert Spoerry

Chair of the Board of Directors

Agenda

1. Financial Reporting, Advisory Vote on the 2022/23 Compensation Report

1.1 Approval of the Annual Report, the Annual Consolidated Financial Statements of the Group, and the Annual Financial Statements of Sonova Holding AG for 2022/23

Motion: The Board of Directors proposes to approve the Annual Report, the Annual Consolidated Financial Statements of the Group, and the Annual Financial Statements of Sonova Holding AG for 2022/23.

Explanation: In accordance with article 698 para. 2 items 3 and 4 of the Swiss Code of Obligations (“CO”) and the Articles of Association, the General Shareholders’ Meeting is competent for approving the Annual Report, the Annual Consolidated and Annual Financial Statements. In its reports to the General Shareholders’ Meeting, Ernst & Young AG, as auditors, recommends without qualification that the Consolidated and Annual Financial Statements of Sonova Holding AG be approved.

1.2 Advisory Vote on the 2022/23 Compensation Report

Motion: The Board of Directors proposes to accept the Compensation Report for 2022/23 by a non-binding advisory vote.

Explanation: In line with best practice, the Board of Directors submits the compensation report to an advisory vote of the General Shareholders’ Meeting. The Compensation Report 2022/23 explains the governance and principles behind the remuneration system, including the link between pay and performance, as well as the compensation paid or granted to the members of the Board of Directors and the Management Board for 2022/23.

2. Appropriation of Retained Earnings

Motion: The Board of Directors proposes to appropriate the retained earnings as follows:

	CHF million
Balance carried forward from previous year	682.7
Net profit for the year	270.1
Voluntary retained earnings	952.8
Cancellation of treasury shares ¹⁾	(421.5)
Dividend distribution ²⁾	(274.1)
Balance to be carried forward	257.2

Explanation: In accordance with article 698 para. 2 item 4 CO and the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent for passing resolutions on the appropriation of retained earnings and the payment of a dividend.

If the proposal of the Board of Directors is approved, the gross dividend will amount to CHF 4.60 per registered share for the 2022/23 financial year, representing a net amount of CHF 2.99 per registered share after deduction of the 35% Swiss withholding tax.

Payment of the dividend is expected to take place as of June 20, 2023. As from June 14, 2023, the shares will be traded ex-dividend.

3. Discharge of the Members of the Board of Directors and the Management Board

Motion: The Board of Directors proposes to discharge the members of the Board of Directors and the Management Board for the 2022/23 financial year.

Explanation: In accordance with article 698 para. 2 item 7 CO and the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent for granting discharge to the members of the Board of Directors and the Management Board.

¹⁾ Subject to approval of Agenda Item 7 (Capital Reduction through Cancellation of Shares).

²⁾ The total payout amount is subject to the number of issued shares on the last trading day with entitlement to receive the dividend, i.e. June 13, 2023. Treasury shares held by Sonova Holding AG and its subsidiaries are not entitled to dividends. The payout amount will be reduced accordingly.

4. Amendment to the Articles of Association (Composition Compensation Committee)

Motion: The Board of Directors proposes to amend Art. 22 para. 1 of the Articles of Association as follows:

Current Wording

Art. 22: Composition, term of office

The Compensation Committee shall consist of three members of the Board of Directors.

[...] (remains unchanged)

Proposed Wording

Art. 22: Composition, term of office

The Compensation Committee shall consist of at least three members of the Board of Directors.

[...] (remains unchanged)

Explanation: The Board of Directors proposes this amendment to the Articles of Association to be able to propose more than three members for election to the Compensation Committee instead of being limited to three members. This supports the long-term succession planning and allows a well-balanced diversity on the Compensation Committee. The Board of Directors intends to propose Julie Tay for election as a new member of the Compensation Committee if she is re-elected as a member of the Board of Directors. Should the General Shareholders' Meeting not approve this amendment to the Articles of Association and should all current members of the Compensation Committee be re-elected, Agenda Item 5.3 becomes obsolete, and Julie Tay will not stand for election as a new member of the Compensation Committee at the 2023 Annual General Shareholders' Meeting.

5. Elections

5.1 Re-election of the Board of Directors

Except for Jinlong Wang, all members of the Board of Directors stand for re-election.

Motion: The Board of Directors proposes the individual re-election of the following members of the Board of Directors, each for a term of office lasting until the completion of the 2024 Annual General Shareholders' Meeting:

5.1.1 Re-election of Robert F. Spoerry as Member and as Chair of the Board of Directors

5.1.2 Re-election of Stacy Enxing Seng as Member of the Board of Directors

5.1.3 Re-election of Gregory Behar as Member of the Board of Directors

5.1.4 Re-election of Lynn Dorsey Bleil as Member of the Board of Directors

5.1.5 Re-election of Lukas Braunschweiler as Member of the Board of Directors

5.1.6 Re-election of Roland Diggelmann as Member of the Board of Directors

5.1.7 Re-election of Julie Tay as Member of the Board of Directors

5.1.8 Re-election of Ronald van der Vis as Member of the Board of Directors

5.1.9 Re-election of Adrian Widmer as Member of the Board of Directors

Explanation: In accordance with article 698 para. 2 item 2 and para. 3 item 1 CO and the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent for the (re-)election of the members of the Board of Directors and its Chair. For detailed biographical information please refer to the 2022/23 Corporate Governance Report forming part of the 2022/23 Annual Report and to our website at www.sonova.com/en/about-us/board-directors.

5.2 Re-election of the Members of the Nomination & Compensation Committee

Motion: The Board of Directors proposes the individual re-election of Stacy Enxing Seng, Lukas Braunschweiler, and Roland Diggelmann as members of the Nomination & Compensation Committee for a term of office lasting until the completion of the 2024 Annual General Shareholders' Meeting.

5.2.1 Re-election of Stacy Enxing Seng

5.2.2 Re-election of Lukas Braunschweiler

5.2.3 Re-election of Roland Diggelmann

Explanation: In accordance with article 698 para. 3 item 2 CO and the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent for the (re-)election of the members of the Nomination & Compensation Committee. The Board of Directors intends to appoint Roland Diggelmann (if re-elected) as Chair of the Nomination & Compensation Committee.

5.3 Election of Julie Tay as a new Member of the Nomination & Compensation Committee

Motion: The Board of Directors proposes to elect Julie Tay as a new member of the Nomination & Compensation Committee for a term of office lasting until the completion of the 2024 Annual General Shareholders' Meeting.

Explanation: The Board of Directors is very pleased to propose Julie Tay (if re-elected as a member of the Board of Directors) as a new member of the Nomination & Compensation Committee. The Board of Directors is convinced that, based on her senior executive experience in international companies, she is well suited for this position. Moreover, her presence assures an equal representation of the global regions and genders on the Nomination & Compensation Committee.

5.4 Re-election of the Auditors

Motion: The Board of Directors proposes to re-elect Ernst & Young AG, Zürich, as Auditors of Sonova Holding AG for a term of office lasting until the completion of the 2024 Annual General Shareholders' Meeting.

Explanation: In accordance with article 698 para. 2 item 2 CO and the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent for the (re-)election of the auditors. At the request of the Audit Committee, the Board of Directors proposes to re-elect Ernst & Young AG, Zürich, as Auditors for a further term of office of one year. Ernst & Young has confirmed to the Audit Committee that it possesses the independence required to carry out the assignment.

5.5 Re-election of the Independent Proxy

Motion: The Board of Directors proposes to re-elect the Law Office Keller AG ¹⁾, Zürich, as Independent Proxy for a term of office lasting until the completion of the 2024 Annual General Shareholders' Meeting.

Explanation: In accordance with article 698 para. 3 item 3 CO and the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent for the (re-)election of the Independent Proxy. Law Office Keller AG has confirmed its independence required for this mandate.

6. Compensation of the Board of Directors and the Management Board

6.1 Approval of the Maximum Aggregate Amount of Compensation of the Board of Directors

Motion: The Board of Directors proposes to approve a maximum aggregate amount of compensation of the Board of Directors of CHF 3,230,000 ²⁾ for the term of office from the 2023 Annual General Shareholders' Meeting to the 2024 Annual General Shareholders' Meeting.

Explanation: In accordance with Art. 26 of the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent to approve the maximum aggregate amount of compensation of the Board of Directors for the next term of office. Further information on the proposed compensation is included in the Appendix to this invitation. In addition, the compensation paid and the method of determining compensation are described in the 2022/23 Compensation Report.

¹⁾ Formerly Law Office Keller KLG.

²⁾ For further details see Appendix to Agenda Item 6.

6.2 Approval of the Maximum Aggregate Amount of Compensation of the Management Board

Motion: The Board of Directors proposes to approve a maximum aggregate amount of compensation of the Management Board of CHF 16,500,000 ¹⁾ for the 2024/25 financial year.

Explanation: In accordance with Art. 26 of the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting is competent to approve the maximum aggregate amount of compensation of the Management Board for the following financial year. Further information on the proposed compensation is included in the Appendix to this invitation. In addition, the compensation paid and the method of determining compensation are described in the 2022/23 Compensation Report.

7. Capital Reduction through Cancellation of Shares

Motion: The Board of Directors proposes:

- a) to reduce the share capital of CHF 3,057,985.95 by CHF 76,645.50 to CHF 2,981,340.45 by way of cancellation of 1,532,910 registered shares, with a nominal value of CHF 0.05 each, that were bought back by the company under the share buyback program announced on April 14, 2022;
- b) to confirm, in agreement with the Auditors' report, that the claims of creditors are fully covered notwithstanding the capital reduction;
- c) to amend Art. 3 para. 1 of the Articles of Association according to the following wording as of the date of entry of the capital reduction in the commercial register:

Current Wording

Art. 3: Share Capital

The share capital of the Company shall be CHF 3,057,985.95 and it is divided into 61,159,719 registered shares each with a nominal value of CHF 0.05.

Proposed Wording

Art. 3: Share Capital

The share capital of the Company shall be CHF 2,981,340.45 and it is divided into 59,626,809 registered shares each with a nominal value of CHF 0.05.

- d) to amend the number of shares in Art. 6 of the Articles of Association where, in case of a capital increase, subscription rights or advance subscription rights were excluded or restricted, from 6,115,971 shares to 5,962,680 shares corresponding to the proposed reduction of the share capital.

¹⁾ For further details see Appendix to Agenda Item 6.

Explanation: Under its share buyback program announced on April 14, 2022, the company repurchased between April 19, 2022 and March 31, 2023 a total of 1,532,910 shares. It is now proposed to cancel these shares by way of a capital reduction and to reduce the number of shares in Art. 6 of the Articles of Association accordingly to ensure that any capital increase where the subscription rights or advance subscription rights were excluded or restricted does not exceed 10% of the share capital.

8. Amendments to the Articles of Association

Explanation: On June 19, 2020, the Swiss Parliament adopted the federal act to revise the Swiss corporate law, which became effective on January 1, 2023. Swiss corporations are required to revise their articles of association to comply with the new law by the end of 2024 at the latest.

The Board of Directors therefore proposes various amendments to the Articles of Association to: (i) implement changes which are required under the new law, (ii) grant the company the specific flexibilities provided under the new law, (iii) amend the Articles of Association to align with prevailing market standards in Switzerland, and (iv) further strengthen corporate governance. The proposed amendments are grouped by topic (following the principle of unity in subject matter) under five different agenda items (Agenda Items 8.1 to 8.5).

The Appendix to Agenda Item 8 provides a detailed explanation of the proposed amendments.

A comparison of the current language with the proposed revised wording of the Articles of Association can be found in our document titled “Annual General Shareholders’ Meeting 2023 – Amendments to the Articles of Association of Sonova Holding AG” (“**2023 Amendments**”), which is available at www.sonova.com/en/agm and was published, together with this invitation, in the Swiss Official Gazette of Commerce. The proposed revised Articles of Association as a whole are also available at www.sonova.com/en/agm.

8.1 Creation of long-term and sustainable value

Motion: The Board of Directors proposes to amend Art. 2 of the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments**.

8.2 Introduction of a capital range

Motion: The Board of Directors proposes to amend Art. 5, Art. 6, and Art. 25 of the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments**.

8.3 Board of Directors and Management Board

Motion: The Board of Directors proposes to amend Art. 18, Art. 20, Art. 21, Art. 26, Art. 27, and Art. 30 of the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments**.

8.4 Certificates, General Shareholders' Meeting, shareholder's rights, and communication with the shareholders

Motion: The Board of Directors proposes to amend Art. 7, Art. 10, Art. 11, Art. 12, Art. 13, Art. 15, Art. 33, and Art. 35 of the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments**.

8.5 Introduction of the possibility of virtual General Shareholders' Meetings

Motion: The Board of Directors proposes to introduce a new Art. 12a into the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments**.

Stäfa, May 16, 2023

For the Board of Directors
The Chair

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Spoerry', written in a cursive style.

Robert Spoerry

Appendix to Agenda Item 6

6.1 Approval of the Maximum Aggregate Amount of Compensation of the Board of Directors

Pursuant to Art. 26 of the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting shall approve the maximum aggregate amount of compensation of the Board of Directors for the next term of office, i.e. from the 2023 Annual General Shareholders' Meeting to the 2024 Annual General Shareholders' Meeting. For further details, beyond those disclosed below, please refer to the 2022/23 Compensation Report.

The Board of Directors proposes to approve a maximum aggregate amount of compensation of the Board of Directors of CHF 3,230,000 for the 2023/24 term of office.

in CHF 1,000	Approved for AGM 2022 – AGM 2023	Expected for AGM 2022 – AGM 2023	Proposal for AGM 2023 – AGM 2024
AGM approval year	2022	n/a	2023
Cash retainer, committee fees	1,566	1,510	1,510
Market value of restricted shares	1,883	1,810	1,720
Total amount¹⁾	3,450	3,320	3,230
Number of members of the Board of Directors	10	10	9

¹⁾ The proposal of the Board of Directors relates only to the maximum aggregate amount. The subtotals shown for each compensation component are included for illustration purposes only and are not legally binding.

The aim is to ensure careful use of resources. The proposed amount reflects the maximum aggregate amount of compensation that could arise. The aggregate amount of compensation is stated in gross and is calculated for 9 members of the Board of Directors (2022/23 term of office: 10 members) assuming that all those proposed are (re-)elected as members of the Board of Directors at the 2023 Annual General Shareholders' Meeting.

The proposed maximum aggregate amount includes the following fixed compensation components: a cash retainer, committee fees – each as applicable – and the market value of the restricted shares at grant. It also includes a modest reserve for unforeseen events and unexpected additional expenses.

Sonova pays mandatory employer's social security contributions (AHV/ALV) for the members of the Board of Directors in accordance with applicable law. These are not included in the proposed maximum aggregate amount, because contributions to governmental social security systems cannot be accurately forecasted. However, actual employer social security costs will be disclosed in the reporting years when they are due and paid.

The actual compensation paid will be disclosed in the Compensation Report for the 2023/24 financial year, which will be submitted to a non-binding advisory shareholders' vote.

6.2 Approval of the Maximum Aggregate Amount of Compensation of the Management Board

Pursuant to Art. 26 of the Articles of Association, the General Shareholders' Meeting shall approve the maximum aggregate amount of compensation of the Management Board for the following financial year, i.e. the 2024/25 financial year. For further details, beyond those disclosed below, please refer to the 2022/23 Compensation Report.

The Board of Directors proposes to approve a maximum aggregate amount of compensation of the Management Board of CHF 16,500,000 for the 2024/25 financial year.

The proposed maximum aggregate amount consists of the following compensation components:

in CHF 1,000	Approved for 2022/23 FY	Effective for 2022/23 FY	Approved for 2023/24 FY	Proposal for 2024/25 FY
Maximum amount of fixed salaries, including base salary, fringe benefits, and employer's pension contributions	5,439	5,156	5,260	5,450
Maximum amount of variable cash compensation	5,068	842	5,583	5,560
Fair value at grant of options and performance share units (PSUs) to be granted under the Executive Equity Award Plan (EEAP)	5,293	5,284	5,157	5,490
Total amount ^{1), 2)}	15,800	11,282	16,000	16,500
Number of Management Board members	9	8	8	8

¹⁾ The proposal of the Board of Directors for the compensation of the Management Board relates only to the maximum aggregate amount. The subtotals shown for each compensation component are included for illustration purposes only and are not legally binding.

²⁾ One Management Board member currently receives compensation in US Dollars (USD) and another in Euro (EUR). Any exchange rate fluctuation until final payment will be disregarded.

The aim is to ensure careful use of resources considering the continued growth efforts. The proposed maximum aggregate amount, stated in gross, is calculated for 8 members of the Management Board in the 2024/25 financial year.

The proposed amount reflects the maximum aggregate amount of compensation that could arise.

The proposed maximum aggregate amount is based on the maximum potential variable cash compensation payout (i.e. the 200% payout cap) and on the targeted value at grant of 100% achievement for the long-term incentive. This target amount is divided by the fair value of the options and of the PSUs to determine the number of units at grant. Both the fair value of the options and of the PSUs at grant date are determined by third parties. For the options it is based on the Enhanced American pricing model. For the PSUs it is based on the Monte Carlo pricing model, taking into account the possibility of either over- or under-achievement. The options vest in equal annual installments over a period of 4 years and 4 months, conditional

APPENDIX TO AGENDA ITEM 6

upon the achievement of a predetermined ROCE target, and their maximum vesting level is 100%. The PSUs vest over a period of 3 years and 4 months, conditional upon the relative TSR, and have a maximum vesting level of 200%. The PSUs and options are subject to a post-vesting restriction period (total restriction period of 5 years from the date of grant).

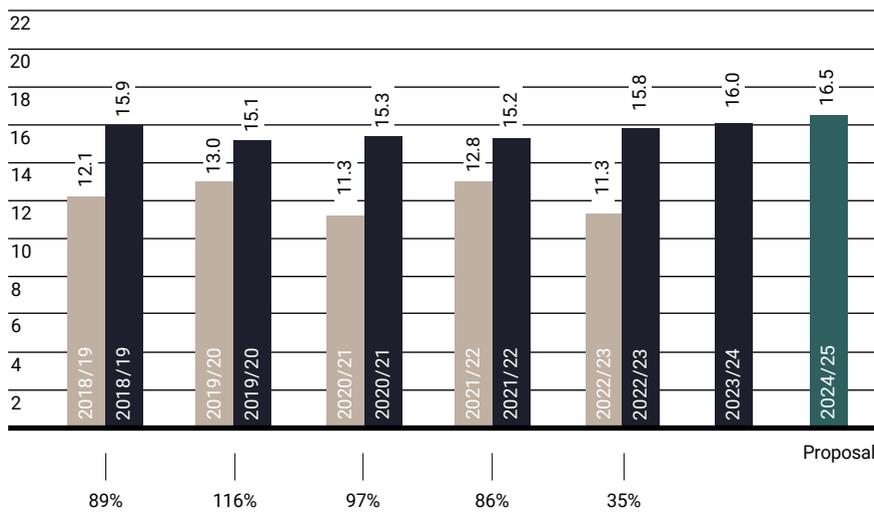
The proposed maximum aggregate amount for the Management Board includes uncommitted reserves for increases in line with expected market salary movements as well as for unforeseen events.

Sonova pays mandatory employer's social security contributions (AHV/ALV) for the members of the Management Board in accordance with applicable law. These contributions to governmental social security systems are not included in the proposed maximum aggregate amount as they cannot be accurately forecasted. However, actual employer social security costs will be disclosed in the reporting years when they are due and paid.

No other change of relevance to the compensation structure, system and components of the Management Board is planned for the 2024/25 financial year, aside from what is disclosed in the 2022/23 Compensation Report.

The following overview shows the Management Board compensation (excluding employer's social security contributions) for the past five years and the proposed maximum aggregate amount for the 2024/25 financial year:

Total compensation in CHF million



Average payout ratio for the variable cash compensation plan (VCC)

■ Effective ■ Max. approved ■ Proposal

The actual payout and grants for the 2024/25 financial year will be disclosed in the 2024/25 Compensation Report.

Appendix to Agenda Item 8

Overview and Explanations of the Amendments to the Articles of Association

On June 19, 2020, the Swiss Parliament adopted the Swiss Corporate Law Reform, which became effective on January 1, 2023. This revision of the Swiss Code of Obligations (“CO”) is targeted at strengthening shareholder rights, improving corporate governance, and modernizing the Swiss corporate law in general. It provides for a transitional two-year period during which Swiss companies are required to amend their articles of association and other corporate documents to comply with the new law.

The Board of Directors therefore proposes to the 2023 Annual General Shareholders’ Meeting that the Articles of Association be amended to reflect the changes mandated by the new law. The Board of Directors also proposes further amendments to the Articles of Association to bring them in line with Swiss market standards, and to take advantage of the enhanced flexibility provided under the new law.

The proposed amendments are grouped by topic under five separate agenda items (Agenda Items 8.1 to 8.5), following the principle of unity in subject matter. A detailed explanation of the proposed amendments can be found below.

A comparison of the current language with the proposed revised wording of the Articles of Association can be found in our document titled “Annual General Shareholders’ Meeting 2023 – Amendments to the Articles of Association of Sonova Holding AG” (“**2023 Amendments**”), which is available at www.sonova.com/en/agm. The proposed Articles of Association as a whole are available at www.sonova.com/en/agm.

Explanation relating to Agenda Item 8.1 Creation of long-term and sustainable value

The company aims to set itself clear targets and is committed to considering the environmental and social impact of its activities, and to making decisions that balance the interests of stakeholders with the company’s long-term financial goals. The Board of Directors therefore proposes to reflect this commitment in the Articles of Association and to implement it in Art. 2 of the Articles of Association with a new para. 6, as set forth in the **2023 Amendments** (page 1).

Explanation relating to Agenda Item 8.2 Introduction of a capital range

The new Swiss corporate law provides the basis for the so-called “capital range.” In essence this capital range serves a purpose similar to authorized capital, which was abolished by the new law. By implementing a capital range, shareholders authorize the Board of Directors to increase or decrease the share capital within a certain range for a period of up to five years. By law, this range can be between 150% (upper limit) and 50% (lower limit) of the share capital recorded in the commercial register at the time the capital range was introduced.

As the current authorized capital expires on June 15, 2024 and cannot be renewed thereafter, the Board of Directors proposes to implement a capital range with an upper limit of 110% and a lower limit of 90% of the company's share capital recorded in the commercial register at the time the capital range is introduced (i.e., immediately following the registration in the commercial register of the capital reduction proposed under Agenda Item 7). The capital range will allow the company to maintain its financial flexibility and to be able to react quickly and appropriately to changing circumstances.

The Board of Directors therefore proposes to amend Art. 5, Art. 6, and Art. 25 para. 2 of the Articles of Association, as set forth in the **2023 Amendments** (pages 2, 3).

Note: Art. 6 of the Articles of Association which limits any capital increase where the subscription rights or advance subscription rights were excluded or restricted at 10% of the share capital remains effective.

Explanation relating to Agenda Item 8.3 Board of Directors and Management Board

The new Swiss corporate law has also liberalized the format in which the resolutions of boards of directors may be passed. The Board of Directors intends to take advantage of this opportunity and proposes to implement the possibility of resolutions by the Board of Directors also being passed electronically (Art. 18).

The powers of the board of directors have been slightly revised with the new Swiss corporate law, and it is proposed that these amendments be incorporated into the Articles of Association (Art. 20).

Furthermore, the formal requirements for the delegation of the management of the company to an executive committee have been revised and the Board of Directors intends to allow the company to make use of the new flexibility created by this (Art. 21).

One objective of the Corporate Law Reform was to embody the Ordinance Against Excessive Remuneration in Listed Corporations ("**VegüV**") into the federal law. Most of the provisions of the VegüV have been transferred into federal law unchanged, with only a few being modified. The Board of Directors proposes to amend the Articles of Association to appropriately reflect these changes, explicitly stating that the compensation report must be submitted to the general shareholders' meeting for a consultative vote if the variable compensation is approved prospectively. This is proposed to be implemented by a new para. 5 in Art. 26 of the Articles of Association. In addition, the Board of Directors proposes to amend Art. 27 to reflect that the revised law prohibits using the additional reserve amount for promotions within the Management Board.

Finally, the Board of Directors intends to reduce the permitted number of mandates outside the Sonova Group for members of its Board of Directors and its Management Board, to continue to ensure proper corporate governance (Art. 30).

The Board of Directors therefore proposes to amend Art. 18 paras. 1 and 3, Art. 20, Art. 21 para. 1, Art. 26 para. 5, Art. 27 and Art. 30 of the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments** (pages 4 to 6).

Explanation relating to Agenda Item 8.4 Certificates, General Shareholders' Meeting, shareholder's rights, and communication with the shareholders

The Board of Directors proposes to amend Art. 7 para. 1 to allow more flexibility regarding the legal and technological basis of its shares and to align this provision with the revised wording of the new corporate law. Among other things, the possibility of issuing tokenized shares in the form of securities based on distributed ledger technology shall be included in the Articles of Association. Although the Board of Directors currently does not intend to issue shares in such form, it believes that it is in the interest of the company and its shareholders to have this option for the future. Furthermore, the Board of Directors proposes to clarify that shareholders are entitled to request a written confirmation of their shareholdings but not to have their membership certified in an actual share certificate (Art. 7 para. 3), as this would cause unnecessary expenses for the Company.

The revision of the corporate law not only strengthens existing shareholder rights but also expands the powers of the general shareholders' meeting. The Board of Directors proposes to update Art. 10 accordingly, mirroring the new law.

The Corporate Law Reform aims at strengthening shareholder rights by, among other things, lowering the thresholds for exercising certain shareholder rights. Pursuant to the revised law, the threshold for the right to convene an extraordinary general meeting has been reduced from 10% to 5% of the share capital or votes. This is reflected in Art. 11 para. 4 of the Articles of Association. In addition, shareholders holding at least 0.5% of the share capital or votes may request that an agenda item be included in the invitation. This is reflected in Art. 12 para. 3 of the Articles of Association.

The revised law allows for more flexibility with regards to communication with shareholders and publications. Whilst the Swiss Official Gazette of Commerce will continue to be the company's official means of publication, the Board of Directors proposes to allow the company to make use of more flexible and modern communication methods, such as e-mail (Art. 12 para. 1 and Art. 35 para. 3). The remaining amendments to Art. 12 paras. 1, 2, and 3 reflect the new law.

Under the new law, listed companies must make shareholder resolutions and election results available electronically within 15 days of a general meeting, stating the exact proportion of votes. In addition, any shareholder may request that the minutes be made available to them within 30 days after the general meeting. For purposes of transparency, the Board of Directors proposes to incorporate these new statutory requirements in Art. 13 para. 4 of the Articles of Association. The remaining amendments to Art. 13 paras. 1 and 2 are of formal nature or reflect the law.

The proposed amendments to Art. 15 para. 4 and Art. 33 reflect the wording of the revised corporate law.

The Board of Directors therefore proposes to amend Art. 7 paras. 1 and 3, Art. 10, Art. 11 para. 4, Art. 12 paras. 1, 2 and 3, Art. 13 paras. 1, 2 and 4, Art. 15 para. 4, Art. 33, and Art. 35 para. 3 of the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments** (pages 7 to 11).

Explanation relating to Agenda Item 8.5 [Introduction of the possibility of virtual General Shareholders' Meetings](#)

The new corporate law allows companies to hold virtual general shareholders' meetings, meaning that such meetings can be conducted without a physical venue exclusively by electronic means. During the Covid-19 pandemic, companies worldwide recognized the need to remain flexible in terms of the format of their corporate meetings.

Although the Board of Directors currently does not plan to hold virtual or hybrid general shareholders' meetings, it proposes to establish the framework to provide additional flexibility. This appears to be especially important to the Board of Directors, as the Covid Ordinance, which had allowed Swiss corporations to hold virtual general meetings during the pandemic by excluding personal attendance of shareholders, expired at year-end 2022.

If a virtual meeting were to be held, the Board of Directors would ensure that shareholders have the same rights when participating electronically as they would have for an in-person meeting (including the right to speak, receive information, vote and elect).

The Board of Directors therefore proposes to implement a new Art. 12a into the Articles of Association as set forth in the **2023 Amendments** (page 12).

Organizational Matters

Documents

The Annual Report, including the Compensation Report, the Annual Consolidated Financial Statements of the Group, and the Annual Financial Statements of Sonova Holding AG, as well as the Auditors' reports for 2022/23, will be available for review by the shareholders from May 16, 2023 at the company's registered office in Laubisrütistrasse 28, CH-8712 Stäfa, Switzerland. These documents may also be downloaded at www.sonova.com.

Share Register

Shareholders with voting rights who are recorded in the share register by end of the day on June 7, 2023 will receive this invitation to the Annual General Shareholders' Meeting directly, including the agenda and the motions of the Board of Directors. From June 8, 2023 to June 12, 2023, no entries will be made in the share register. Registered shareholders who sell their shares before the Annual General Shareholders' Meeting will no longer be entitled to attend or to vote.

Representation / Proxy

Shareholders who do not attend the Annual General Shareholders' Meeting in person may be represented as follows:

- by another person who does not need to be a shareholder: To grant such proxy, the completed and signed reply form is sufficient. The admission card will be sent directly to the proxy.
- by the independent proxy, Law Office Keller AG¹⁾, Splügenstrasse 8, CH-8002 Zürich, Switzerland: Such proxy is granted by completing the enclosed reply form accordingly. To the extent that the signed reply form does not contain any specific instructions, the Independent Proxy is instructed by the shareholder to vote in favor of the motions by the Board of Directors. The final deadline for providing instructions to the Independent Proxy is June 8, 2023.

Shareholder Questions on Agenda Items

Sonova Holding AG gives its shareholders the opportunity to send in questions regarding the Annual Report and the agenda items via e-mail at agm@sonova.com up until June 1, 2023. Shareholders are asked to provide their full name and place of residence to allow Sonova to verify shareholdings. The Board of Directors will respond to questions that are also relevant to other shareholders at the Annual General Shareholders' Meeting. As far as possible, some or all of the remaining questions will be addressed by a direct reply to the shareholder.

¹⁾ Formerly Law Office Keller KLG.

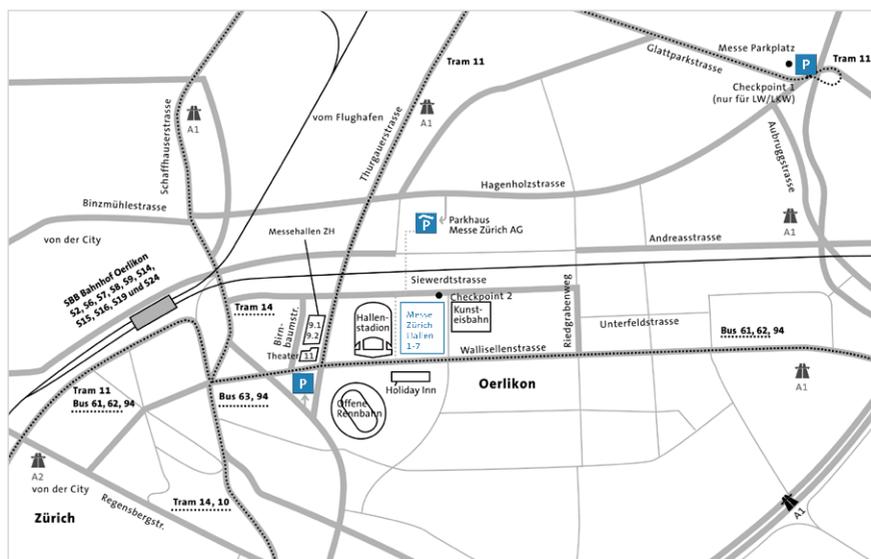
Use of the Online Platform

Sonova Holding AG provides an online platform for its shareholders. Shareholders registered in the share register with voting rights may use this platform to provide voting instructions to the Independent Proxy. Personal access data for the online platform is printed on the enclosed reply form. The final deadline for providing instructions to the Independent Proxy electronically is June 8, 2023 at 11:59 p.m.

Language

The Annual General Shareholders' Meeting will be held in German. An FM system is provided for attendees with hearing loss. FM receivers can be borrowed at the entrance.

ARRIVAL/JOURNEY



Notes for participants

Shareholders are asked to use public transport as there will be limited parking facilities at the meeting location Messe Zürich.

Public transport

From Zürich central station to Zürich Oerlikon train station use train number S2, S6, S7, S8, S9, S14, S15, S16, S19 or S24. From Zürich Oerlikon train station use tram no. 11, bus no. 61, bus no. 62 or bus no. 94 to the stop Messe/Hallenstadion. On foot: about 10 minutes' walk from Zürich Oerlikon station to Messe Zürich.

Sonova Holding AG

Laubisrütistrasse 28

8712 Stäfa

Switzerland

Phone + 41 58 928 33 33

Fax + 41 58 928 33 99

Email agm@sonova.com

Website www.sonova.com

Sennheiser™ is a registered trademark of Sennheiser electronic GmbH & Co. KG used under license by Sonova.

Our Core Brands

PHONAK **unitron**™ **AudioNova** 

 **ADVANCED
BIONICS**

Licensed Brand

 **SENNHEISER**

Annual General Shareholders' Meeting 2023

Sonova Holding AG

Proposed amendments of the Articles of Association

("2023 Amendments")

As referred to in the invitation to the 2023 Annual General Shareholders' Meeting and its Appendix to Agenda Item 8, which lines out a detailed explanation on the proposed amendments of the Articles of Association, the **2023 Amendments** are providing (i) a comparison of the current wording with the proposed amendments as well as (ii) a clear version of the proposed amendments to the Articles of Association.

The proposed Articles of Association as a whole are also available on www.sonova.com/en/agm.

The below mirrors Agenda Item 8 of the invitation which groups the proposed amendments in several votes by topic under five different agenda items (Agenda Item 8.1 to 8.5).

Proposed Amendments are [highlighted in blue and underlined](#)

Proposed Deletions are ~~highlighted in red and struck through~~

Comparison
current wording / proposed amendments

Clear version

Comparison relating to Agenda Item 8.1

Creation of long-term and sustainable value

Art. 2 Purpose

The purpose of the Company shall be the acquisition, financing and administration of equity holdings, in particular with companies in the group.

The Company may also set up branch establishments and subsidiary companies in Switzerland and abroad and purchase and sell equity holdings in other companies in Switzerland and abroad.

The Company may acquire, encumber, sell and manage real property in Switzerland and abroad.

The Company may also engage in financing for their own account or for the account of another party, manage assets and provide guarantees and surety for subsidiary companies and third parties.

The Company may engage in all other transactions that support their purpose.

[In pursuing its purpose, the Company strives to create long-term, sustainable value.](#)

Art. 2 Purpose

The purpose of the Company shall be the acquisition, financing and administration of equity holdings, in particular with companies in the group.

The Company may also set up branch establishments and subsidiary companies in Switzerland and abroad and purchase and sell equity holdings in other companies in Switzerland and abroad.

The Company may acquire, encumber, sell and manage real property in Switzerland and abroad.

The Company may also engage in financing for their own account or for the account of another party, manage assets and provide guarantees and surety for subsidiary companies and third parties.

The Company may engage in all other transactions that support their purpose.

In pursuing its purpose, the Company strives to create long-term, sustainable value.

Art. 5 ~~Authorized share capital~~ **Capital Range**

The Company has a capital range from CHF 2,683,206.45 (lower limit) to CHF 3,279,474.45 (upper limit). The Board of Directors shall be authorized within the capital range to increase or reduce the share capital ~~at any time~~ once or several times in amounts or to acquire or dispose of shares directly or indirectly, until ~~15th~~ 12th June ~~2024~~ 2028 ~~by a maximum amount of CHF 305,798.59~~ or until an earlier expiry of the capital range. The capital increase or reduction may be effected by issuing ~~a maximum of 6,115,971~~ up to 5,962,680 registered shares that are to be fully paid up, each with a nominal value of CHF 0.05. ~~Increases in partial amounts shall be permissible, and cancelling up to 5,962,680 registered shares, each with a nominal value of CHF 0.05, as applicable, or by increasing or reducing the nominal value of the existing registered shares.~~

~~The~~ In the event of an issue of shares, the subscription and acquisition of the new shares as well as any subsequent transfer of the shares shall be subject to the restrictions in accordance with these Articles of Association.

~~The~~ In the event of a capital increase within the capital range, the Board of Directors shall, to the extent necessary, determine the issue price, the type of contribution, (including cash contributions, contributions in kind, set-off and conversion of reserves or of profit carried forward into share capital), the date of issue, the conditions for the exercise of subscription rights and the beginning date for dividend entitlement. In this regard, the Board of Directors may issue new shares by means of a firm underwriting through a financial institution, a syndicate of financial institutions or another third party and a subsequent offer of these shares to the existing shareholders or third parties (if the subscription rights of the existing shareholders have been excluded or have not been duly exercised). The Board of Directors is entitled to permit, to restrict or to exclude the trade with subscription rights. It may permit the expiration of subscription rights that have not been duly exercised, or it may place such rights or shares as to which subscription rights have been granted, but not duly exercised, at market conditions or may use them otherwise in the interest of the Company.

~~The~~ In the event of an issue of shares, the Board of Directors is ~~further~~ authorized to exclude or restrict subscription rights of existing shareholders and allocate such rights to third parties, the Company or any of its group companies:

- a) for raising equity capital in a fast and flexible manner if the issue price of the new shares is determined by reference to the market price; or

Art. 5 **Capital Range**

The Company has a capital range from CHF 2,683,206.45 (lower limit) to CHF 3,279,474.45 (upper limit). The Board of Directors shall be authorized within the capital range to increase or reduce the share capital once or several times in amounts or to acquire or dispose of shares directly or indirectly, until 12th June 2028 or until an earlier expiry of the capital range. The capital increase or reduction may be effected by issuing up to 5,962,680 registered shares that are to be fully paid up, each with a nominal value of CHF 0.05, and cancelling up to 5,962,680 registered shares, each with a nominal value of CHF 0.05, as applicable, or by increasing or reducing the nominal value of the existing registered shares.

In the event of an issue of shares, the subscription and acquisition of the new shares as well as any subsequent transfer of the shares shall be subject to the restrictions in accordance with these Articles of Association.

In the event of a capital increase within the capital range, the Board of Directors shall, to the extent necessary, determine the issue price, the type of contribution (including cash contributions, contributions in kind, set-off and conversion of reserves or of profit carried forward into share capital), the date of issue, the conditions for the exercise of subscription rights and the beginning date for dividend entitlement. In this regard, the Board of Directors may issue new shares by means of a firm underwriting through a financial institution, a syndicate of financial institutions or another third party and a subsequent offer of these shares to the existing shareholders or third parties (if the subscription rights of the existing shareholders have been excluded or have not been duly exercised). The Board of Directors is entitled to permit, to restrict or to exclude the trade with subscription rights. It may permit the expiration of subscription rights that have not been duly exercised, or it may place such rights or shares as to which subscription rights have been granted, but not duly exercised, at market conditions or may use them otherwise in the interest of the Company.

In the event of an issue of shares, the Board of Directors is authorized to exclude or restrict subscription rights of existing shareholders and allocate such rights to third parties, the Company or any of its group companies:

- a) for raising equity capital in a fast and flexible manner if the issue price of the new shares is determined by reference to the market price; or
- b) for the acquisition of companies, part(s) of companies or participations or for investment projects of the Company or any of its group companies, or for the financing or refinancing of any of such transactions; or
- c) for purposes of broadening the shareholder constituency of the Company in certain financial or

- b) for the acquisition of companies, part(s) of companies or participations or for investment projects of the Company or any of its group companies, or for the financing or refinancing of any of such transactions; or
- c) for purposes of broadening the shareholder constituency of the Company in certain financial or investor markets, for purposes of the participation of strategic partners, or in connection with the listing of new shares on domestic or foreign stock exchanges.

After a change of the nominal value, new shares shall be issued within the capital range with the same nominal value as the existing registered shares.

In the event of a reduction of the share capital within the capital range, the Board of Directors shall, to the extent necessary, determine the use of the reduction amount.

Art. 6 Exclusion of subscription or advance subscription rights

Until ~~15th~~12th June ~~2024~~2028, the total of new registered shares issued from (i) conditional share capital according to Art. 4 where the subscription or advance subscription rights were excluded, and (ii) ~~authorized share~~the capital range according to Art. 5 where the subscription rights were excluded or restricted, may not exceed 5,962,680 ~~6,115,971~~ new shares.

Art. 25 Election, term of office, duties

The General Shareholders' Meeting shall elect for a term of one year a state-regulated audit company as defined by Art. 727 of the OR (Swiss Code of Obligations) as auditors with the responsibilities, rights and duties defined by the law. The auditors must comply with the statutory requirements concerning qualification and independence.

The General Shareholders' Meeting may elect for a maximum term of three years special auditors who shall issue the audit confirmations prescribed in connection with capital ~~increases (art. 652f, 653f and 653i OR)~~ changes.

investor markets, for purposes of the participation of strategic partners, or in connection with the listing of new shares on domestic or foreign stock exchanges.

After a change of the nominal value, new shares shall be issued within the capital range with the same nominal value as the existing registered shares.

In the event of a reduction of the share capital within the capital range, the Board of Directors shall, to the extent necessary, determine the use of the reduction amount.

Art. 6 Exclusion of subscription or advance subscription rights

Until 12th June 2028, the total of new registered shares issued from (i) conditional share capital according to Art. 4 where the subscription or advance subscription rights were excluded, and (ii) the capital range according to Art. 5 where the subscription rights were excluded or restricted, may not exceed 5,962,680 new shares.

Art. 25 Election, term of office, duties

The General Shareholders' Meeting shall elect for a term of one year a state-regulated audit company as defined by Art. 727 of the OR (Swiss Code of Obligations) as auditors with the responsibilities, rights and duties defined by the law. The auditors must comply with the statutory requirements concerning qualification and independence.

The General Shareholders' Meeting may elect for a maximum term of three years special auditors who shall issue the audit confirmations prescribed in connection with capital changes.

Art. 18 Resolutions

At least half of the members of the Board of Directors must be present in order to constitute a quorum. There shall be no requirement for a quorum to adopt resolutions on amendments and declarations of the Board of Directors in connection with capital ~~increases~~changes.

The Board of Directors shall adopt resolutions and hold elections with the majority of the votes present in the meeting. In the event of an equal number of votes, the Chair shall have the casting vote.

Resolutions on a motion may also be adopted by written consent ~~(letter, fax or other written form)~~ or electronically unless a member of the Board of Directors asks for verbal discussion. Resolutions taken by means of circular vote shall be included in the minutes of the next meeting

Art. 18 Resolutions

At least half of the members of the Board of Directors must be present in order to constitute a quorum. There shall be no requirement for a quorum to adopt resolutions on amendments and declarations of the Board of Directors in connection with capital changes.

The Board of Directors shall adopt resolutions and hold elections with the majority of the votes present in the meeting. In the event of an equal number of votes, the Chair shall have the casting vote.

Resolutions on a motion may also be adopted by written consent or electronically unless a member of the Board of Directors asks for verbal discussion. Resolutions taken by means of circular vote shall be included in the minutes of the next meeting.

Art. 20 Non-transferable duties

The Board of Directors shall have the following non-transferable and inalienable duties:

1. Overall management of the Company and issuing of necessary directives;
2. Approval of company policy and strategy;
3. Establishment of the organisation and the enactment of organisational regulations;
4. Structuring of accounting and financial controlling as well as financial planning;
5. Appointment and removal of persons entrusted with management and representation of the Company;
6. Overall supervision of the persons entrusted with management, including the matter of compliance with laws, Articles of Association, regulations and directives;
7. Creation of the business report, the compensation report ~~as well as the preparation for the Shareholders' Meeting and implementation of its resolutions;~~and, if applicable, the report on non-financial matters pursuant to Art. 964c OR;
8. Preparation for the General Shareholders' Meeting and implementation of its resolutions;
9. The non-transferable and inalienable duties and powers of the Board of Directors pursuant to the Swiss Merger Act;

Art. 20 Non-transferable duties

The Board of Directors shall have the following non-transferable and inalienable duties:

1. Overall management of the Company and issuing of necessary directives;
2. Approval of company policy and strategy;
3. Establishment of the organisation and the enactment of organisational regulations;
4. Structuring of accounting and financial controlling as well as financial planning;
5. Appointment and removal of persons entrusted with management and representation of the Company;
6. Overall supervision of the persons entrusted with management, including the matter of compliance with laws, Articles of Association, regulations and directives;
7. Creation of the business report, the compensation report and, if applicable, the report on non-financial matters pursuant to Art. 964c OR;
8. Preparation for the General Shareholders' Meeting and implementation of its resolutions;
9. The non-transferable and inalienable duties and powers of the Board of Directors pursuant to the Swiss Merger Act;

[810. The submission of a petition for debt-restructuring moratorium and the notification of the court](#) ~~Informing the judge~~ in the event of excessive indebtedness.

10. The submission of a petition for debt-restructuring moratorium and the notification of the court in the event of excessive indebtedness.

Art. 21 Delegation of representation, management

The Board of Directors shall be entitled to delegate representation of the Company and, on the basis of the organisational regulations [or a resolution](#), the management or parts of it to individual members of the Board of Directors or third parties.

These regulations shall govern management, determine the positions necessary for it, define their responsibilities and regulate in particular the reporting.

Art. 21 Delegation of representation, management

The Board of Directors shall be entitled to delegate representation of the Company and, on the basis of the organisational regulations or a resolution, the management or parts of it to individual members of the Board of Directors or third parties.

These regulations shall govern management, determine the positions necessary for it, define their responsibilities and regulate in particular the reporting.

Art. 26 Approval of compensation by the General Shareholders' Meeting

The General Shareholders' Meeting shall approve annually the proposals of the Board of Directors in relation to the maximum aggregate amount of

1. compensation of the Board of Directors for the period until the next ordinary General Shareholders' Meeting;
2. compensation of the Management Board for the following financial year.

The Board of Directors may submit for approval by the General Shareholders' Meeting additional or deviating proposals in relation to the same or different periods.

In the event a proposal of the Board of Directors has not been approved, the Board of Directors shall determine, taking into account all relevant factors, the respective maximum aggregate amount of compensation or maximum partial amounts for specific compensation elements, and submit the amount(s) so determined for approval by the same or a subsequent General Shareholders' Meeting.

The Company or companies controlled by it may pay or grant compensation prior to approval by a General Shareholders' Meeting subject to subsequent approval.

[If variable compensation is approved prospectively, the Board of Directors shall submit the compensation report to the General Shareholders' Meeting for a consultative vote.](#)

Art. 26 Approval of compensation by the General Shareholders' Meeting

The General Shareholders' Meeting shall approve annually the proposals of the Board of Directors in relation to the maximum aggregate amount of

1. compensation of the Board of Directors for the period until the next ordinary General Shareholders' Meeting;
2. compensation of the Management Board for the following financial year.

The Board of Directors may submit for approval by the General Shareholders' Meeting additional or deviating proposals in relation to the same or different periods.

In the event a proposal of the Board of Directors has not been approved, the Board of Directors shall determine, taking into account all relevant factors, the respective maximum aggregate amount of compensation or maximum partial amounts for specific compensation elements, and submit the amount(s) so determined for approval by the same or a subsequent General Shareholders' Meeting.

The Company or companies controlled by it may pay or grant compensation prior to approval by a General Shareholders' Meeting subject to subsequent approval.

If variable compensation is approved prospectively, the Board of Directors shall submit the compensation report to the General Shareholders' Meeting for a consultative vote.

Art. 27 Additional reserve amount for changes in the Management Board

The Company or companies controlled by it shall be authorized to pay or grant to each person who becomes a member ~~or is being promoted within~~ of the Management Board after the General Shareholders' Meeting has approved the compensation a supplementary amount during the compensation period(s) already approved. The supplementary amount shall not exceed 30% of the aggregate amount of compensation last approved by the General Shareholders' Meeting per compensation period and per each such member.

Art. 30 Mandates outside the Company

No member of the Board of Directors may hold more than four ~~additional~~ mandates in listed companies and ~~in total~~ no more than ~~six additional~~ five mandates in other companies and organizations.

No member of the Management Board may hold more than one ~~additional~~ mandate in a listed company and ~~in total~~ no more than ~~five additional mandates~~ three mandates in other companies and organizations. Each of these mandates shall be subject to approval by the Board of Directors.

Mandates shall mean mandates in comparable functions at other enterprises as well as in (trading)associations, organizations, foundations and similar legal entities with an economic purpose.

The following mandates are not subject to these limitations:

1. mandates in companies which are controlled by the Company or which control the Company;
2. mandates held at the request of the Company or companies controlled by it. No member of the Board of Directors or of the Management Board may hold more than ten such mandates; ~~and~~

~~3. mandates in associations, charitable organizations, foundations, trusts and employee welfare foundations. No member of the Board of Directors or of the Management Board may hold more than six such mandates.~~

~~Mandates shall mean mandates in the supreme governing body of a legal entity which is required to be registered in the commercial register or a corresponding foreign register.~~ Mandates in different legal entities which are under joint control are deemed one mandate.

Art. 27 Additional reserve amount for changes in the Management Board

The Company or companies controlled by it shall be authorized to pay or grant to each person who becomes a member of the Management Board after the General Shareholders' Meeting has approved the compensation a supplementary amount during the compensation period(s) already approved. The supplementary amount shall not exceed 30% of the aggregate amount of compensation last approved by the General Shareholders' Meeting per compensation period and per each such member

Art. 30 Mandates outside the Company

No member of the Board of Directors may hold more than four mandates in listed companies and no more than five mandates in other companies and organizations.

No member of the Management Board may hold more than one mandate in a listed company and no more than three mandates in other companies and organizations. Each of these mandates shall be subject to approval by the Board of Directors.

Mandates shall mean mandates in comparable functions at other enterprises as well as in (trading)associations, organizations, foundations and similar legal entities with an economic purpose.

The following mandates are not subject to these limitations:

1. mandates in companies which are controlled by the Company or which control the Company;
2. mandates held at the request of the Company or companies controlled by it. No member of the Board of Directors or of the Management Board may hold more than ten such mandates.

Mandates in different legal entities which are under joint control are deemed one mandate.

Art. 7 Certificates

The Company ~~shall~~may issue its registered shares as uncertificated securities pursuant to Art. 973c or 973d OR (Swiss Code of Obligations), as intermediated securities in the sense of the Federal Act on Intermediated Securities, or in the form of ~~individual certificates, single or~~ global certificates ~~or book-entry securities.~~

The Company shall be at liberty within the framework of the statutory regulations to convert their registered shares that are issued in one of these forms into another form at any time without the consent of the shareholders. The Company shall pay the costs for this.

The shareholder shall have no entitlement to conversion of registered shares issued in a particular form into another form. In particular, the shareholder has no claim to the certification of the membership in a security. The shareholder may, however, demand from the Company at any time the issue of a written confirmation of his registered shares that are recorded in the share register.

Stock rights that are based on registered shares of the Company cannot be transferred by assignment. Furthermore, no collateral can be created by assignment with any of these stock rights.

Art. 10 Authority

The General Shareholders' Meeting shall have the following non-transferrable authority:

1. Establishing and amending the Articles of Association;
2. Election of the members of the Board of Directors, the Chair of the Board of Directors, the members of the Compensation Committee, the auditors and the independent proxy;
3. Approval of the management report and of the consolidated financial statements;
4. Approval of the annual financial statements and the resolution on the allocation of profit shown on the balance sheet, in particular the determination of any dividends;
5. Resolution on the repayment of the statutory capital reserve;
- ~~5~~6. Approval of the compensation of the Board of Directors and of the Management Board pursuant to Art. 26 of the Articles of Association;

Art. 7 Certificates

The Company may issue its registered shares as uncertificated securities pursuant to Art. 973c or 973d OR (Swiss Code of Obligations), as intermediated securities in the sense of the Federal Act on Intermediated Securities, or in the form of single or global certificates.

The Company shall be at liberty within the framework of the statutory regulations to convert their registered shares that are issued in one of these forms into another form at any time without the consent of the shareholders. The Company shall pay the costs for this.

The shareholder shall have no entitlement to conversion of registered shares issued in a particular form into another form. In particular, the shareholder has no claim to the certification of the membership in a security. The shareholder may, however, demand from the Company at any time the issue of a written confirmation of his registered shares that are recorded in the share register.

Stock rights that are based on registered shares of the Company cannot be transferred by assignment. Furthermore, no collateral can be created by assignment with any of these stock rights.

Art. 10 Authority

The General Shareholders' Meeting shall have the following non-transferrable authority:

1. Establishing and amending the Articles of Association;
2. Election of the members of the Board of Directors, the Chair of the Board of Directors, the members of the Compensation Committee, the auditors and the independent proxy;
3. Approval of the management report and of the consolidated financial statements;
4. Approval of the annual financial statements and the resolution on the allocation of profit shown on the balance sheet, in particular the determination of any dividends;
5. Resolution on the repayment of the statutory capital reserve;
6. Approval of the compensation of the Board of Directors and of the Management Board pursuant to Art. 26 of the Articles of Association;

- ~~6~~7. Discharge from liability of the members of the Board of Directors and the persons entrusted with management;
- 8. Delisting of the Company's equity securities;
- 9. Approval of the report on non-financial matters pursuant to Art. 964c OR, if applicable;
- ~~7~~10. Adoption of resolutions on matters that are reserved for the General Shareholders' Meeting by law or by the Articles of Association.

- 7. Discharge from liability of the members of the Board of Directors and the persons entrusted with management;
- 8. Delisting of the Company's equity securities;
- 9. Approval of the report on non-financial matters pursuant to Art. 964c OR, if applicable;
- 10. Adoption of resolutions on matters that are reserved for the General Shareholders' Meeting by law or by the Articles of Association.

Art. 11 Implementation, convening

The ordinary General Shareholders' Meeting shall take place every year within six months following the close of the business year.

Extraordinary General Shareholders' Meetings may be called when needed.

The General Shareholders' Meeting shall be called by the Board of Directors, if necessary by the auditors, and in the other cases prescribed by law.

Shareholders who have the right to vote, who represent together at least ~~one-tenth~~5% of the share capital or votes may issue a written demand to the Board of Directors that a General Shareholders' Meeting be called, ~~stating the reasons~~indicating the matters to be discussed and the corresponding proposals and, in case of elections, the names of the nominated candidates.

Art. 11 Implementation, convening

The ordinary General Shareholders' Meeting shall take place every year within six months following the close of the business year.

Extraordinary General Shareholders' Meetings may be called when needed.

The General Shareholders' Meeting shall be called by the Board of Directors, if necessary by the auditors, and in the other cases prescribed by law.

Shareholders who have the right to vote, who represent together at least 5% of the share capital or votes may issue a written demand to the Board of Directors that a General Shareholders' Meeting be called, indicating the matters to be discussed and the corresponding proposals and, in case of elections, the names of the nominated candidates.

Art. 12 Form of convening, right to table agenda items

The ordinary or extraordinary General Shareholders' Meeting shall be called at least 20 days prior to the day of the meeting ~~by a notice in the Company's official publication media, stating the agenda items and the motions of the Board of Directors and, if applicable, the shareholders who demanded that a General Shareholders' Meeting be held or that an item be included in the agenda, pursuant to Art. 35 of the Articles of Association.~~ The invitation shall include:

- 1. date, beginning, mode and venue of the General Shareholders' Meeting;
- 2. the agenda items;
- 3. the motions of the Board of Directors together with a brief statement of the reasons;
- 4. if applicable, motions of the shareholders together with a brief statement of the reasons; and

Art. 12 Form of convening, right to table agenda items

The ordinary or extraordinary General Shareholders' Meeting shall be called at least 20 days prior to the day of the meeting pursuant to Art. 35 of the Articles of Association. The invitation shall include:

- 1. date, beginning, mode and venue of the General Shareholders' Meeting;
- 2. the agenda items;
- 3. the motions of the Board of Directors together with a brief statement of the reasons;
- 4. if applicable, motions of the shareholders together with a brief statement of the reasons; and

5. name and address of the independent proxy.

The business report, the compensation report and the auditors' reports are as well as the report on non-financial matters pursuant to Art. 964c OR, if applicable, shall be made available ~~for inspection at the Company and that~~ to the shareholders ~~may demand provision of a copy of these reports at least 20 days prior to the ordinary General Shareholders' Meeting.~~

Shareholders entitled to vote who represent at least ~~1~~ 0.5% of the share capital or the votes may demand that an item be included in the agenda with a statement of the motions ~~or that a motion relating to an agenda item be included in the invitation convening the General Shareholders' Meeting.~~ Such requests must be addressed in writing to the Chair at the latest 60 days before the meeting.

Art. 13 Chair, minutes

The General Shareholders' Meeting shall be presided over by the Chair of the Board of Directors or, in his absence, by the Vice-Chair, or if he too is unable to attend, by another Member of the Board of Directors. The Chair of the General Shareholders' Meeting shall have all powers and authority necessary and appropriate to ensure the orderly conduct of the General Shareholders' Meeting.

The Chair of the General Shareholders' Meeting shall appoint the vote ~~counters~~ counter(s) as well as the minute-taker who need not be shareholders.

The General Shareholders' Meeting shall be minuted pursuant to Art 702 OR (Swiss Code of Obligations), and the minutes shall be signed by the Chair and the minute-taker.

The resolutions and election results shall be made available electronically within 15 calendar days after the General Shareholders' Meeting, stating the exact proportion of votes; any shareholder may request that the complete minutes be made available to him within 30 calendar days after the General Shareholders' Meeting.

Art. 15 Resolutions, elections

The General Shareholders' Meeting shall adopt resolutions and hold elections with the relative majority of the votes cast insofar as nothing different is stipulated by law or by the Articles of Association.

5. name and address of the independent proxy.

The business report, the compensation report and the auditors' reports as well as the report on non-financial matters pursuant to Art. 964c OR, if applicable, shall be made available to the shareholders at least 20 days prior to the ordinary General Shareholders' Meeting.

Shareholders entitled to vote who represent at least 0.5% of the share capital or the votes may demand that an item be included in the agenda with a statement of the motions or that a motion relating to an agenda item be included in the invitation convening the General Shareholders' Meeting. Such requests must be addressed in writing to the Chair at the latest 60 days before the meeting.

Art. 13 Chair, minutes

The General Shareholders' Meeting shall be presided over by the Chair of the Board of Directors or, in his absence, by the Vice-Chair, or if he too is unable to attend, by another Member of the Board of Directors. The Chair of the General Shareholders' Meeting shall have all powers and authority necessary and appropriate to ensure the orderly conduct of the General Shareholders' Meeting.

The Chair of the General Shareholders' Meeting shall appoint the vote-counter(s) as well as the minute-taker who need not be shareholders.

The General Shareholders' Meeting shall be minuted pursuant to Art 702 OR (Swiss Code of Obligations), and the minutes shall be signed by the Chair and the minute-taker.

The resolutions and election results shall be made available electronically within 15 calendar days after the General Shareholders' Meeting, stating the exact proportion of votes; any shareholder may request that the complete minutes be made available to him within 30 calendar days after the General Shareholders' Meeting.

Art. 15 Resolutions, elections

The General Shareholders' Meeting shall adopt resolutions and hold elections with the relative majority of the votes cast insofar as nothing different is stipulated by law or by the Articles of Association.

Resolutions shall be made and elections held openly unless the General Shareholders' Meeting decides on a written or electronic vote or the Chair gives an instruction to this effect. The Chair may have an election or resolution repeated in the same or another form insofar as doubts exist relating to the result of the vote. In such a case, the previous election or resolution shall be void.

In the case of written votes or elections, the Chair may accelerate the vote-counting by instructing that only the voting slips of those shareholders are to be collected who have abstained or cast a no-vote and that all other shares represented in the General Shareholders' Meeting at the time of voting shall be counted as yes-votes.

A resolution by the General Shareholders' Meeting that is approved by at least two thirds of the votes represented and the absolute majority of the nominal value of the shares represented shall be required for:

1. A change in the purpose of the Company;
2. Introduction or cancellation of voting shares;
3. A restriction ~~inof~~ the transferability of registered shares;
- ~~4. An authorised or conditional capital increase;~~
4. The introduction of conditional share capital or the introduction of a capital range;
5. A capital increase ~~out of from~~ equity ~~capital~~, against ~~non-cash contribution~~ contributions in kind or ~~for the purpose of acquisition of assets~~ by set-off against a claim and the granting of ~~particular~~ special privileges;
6. A restriction or cancellation of subscription rights;
7. A change of currency of the share capital;
8. A delisting of the Company's equity securities;
- ~~7~~9. A transfer of the registered office of the Company;
- ~~8~~10. Dissolution of the Company with or without liquidation.

The relative majority of the votes cast shall be sufficient for cancellation or relaxation of the provisions for restricting transferability of shares.

Resolutions shall be made and elections held openly unless the General Shareholders' Meeting decides on a written or electronic vote or the Chair gives an instruction to this effect. The Chair may have an election or resolution repeated in the same or another form insofar as doubts exist relating to the result of the vote. In such a case, the previous election or resolution shall be void.

In the case of written votes or elections, the Chair may accelerate the vote-counting by instructing that only the voting slips of those shareholders are to be collected who have abstained or cast a no-vote and that all other shares represented in the General Shareholders' Meeting at the time of voting shall be counted as yes-votes.

A resolution by the General Shareholders' Meeting that is approved by at least two thirds of the votes represented and the absolute majority of the nominal value of the shares represented shall be required for:

1. A change in the purpose of the Company;
2. Introduction or cancellation of voting shares;
3. A restriction of the transferability of registered shares;
4. The introduction of conditional share capital or the introduction of a capital range;
5. A capital increase from equity, against contributions in kind or by set-off against a claim and the granting of special privileges;
6. A restriction or cancellation of subscription rights;
7. A change of currency of the share capital;
8. A delisting of the Company's equity securities;
9. A transfer of the registered office of the Company;
10. Dissolution of the Company with or without liquidation.

The relative majority of the votes cast shall be sufficient for cancellation or relaxation of the provisions for restricting transferability of shares.

Art. 33 Reserves, appropriation of profit

~~After deduction of all costs, interest, losses and other expenses and after required write-downs as well as provisions and reserves, 5% of the remaining annual net profit shall be allocated to the general reserve fund until the latter amounts to 20% of the paid-up share capital.~~

The profit reported in the balance sheet shall be at the free disposal of the General Shareholders' Meeting, subject to the legal provisions ~~on further allocations to the reserve and subject to article 671 OR.~~

In addition to the ~~statutory reserve~~ reserves required by law, the General Shareholders' Meeting may decide to create ~~special~~ other reserves which shall remain at the free disposal of the General Shareholders' Meeting.

Art. 35 Publication medium

The official means of publication of the Company shall be the Swiss Official Gazette of Commerce.

The Board of Directors shall be entitled to determine other publication media at any time.

Notices by the Company to the shareholders ~~in the cases required by law shall~~ may, at the election of the Board of Directors, be made validly given by mail publication in the Swiss Official Gazette of Commerce or, in a form that allows proof by text, to the address shown most recent contact information of the shareholder or authorized recipient recorded in the share register.

Art. 33 Reserves, appropriation of profit

The profit reported in the balance sheet shall be at the free disposal of the General Shareholders' Meeting, subject to the legal provisions.

In addition to the reserves required by law, the General Shareholders' Meeting may decide to create other reserves which shall remain at the free disposal of the General Shareholders' Meeting.

Art. 35 Publication medium

The official means of publication of the Company shall be the Swiss Official Gazette of Commerce.

The Board of Directors shall be entitled to determine other publication media at any time.

Notices by the Company to the shareholders may, at the election of the Board of Directors, be validly given by publication in the Swiss Official Gazette of Commerce or, in a form that allows proof by text, to the most recent contact information of the shareholder or authorized recipient recorded in the share register.

Art. 12a **Venue**

The Board of Directors shall determine the venue of the General Shareholders' Meeting.

The Board of Directors can determine that the General Shareholders' Meeting be held simultaneously at different locations, provided that the contribution of the participants are transmitted directly in video and audio to all venues and/or that shareholders, who are not present at the venue or venues of the General Shareholders' Meeting may exercise their rights by electronic means.

Alternatively, the Board of Directors may also provide that the General Shareholders' Meeting will be held by electronic means without a venue.

Art. 12a **Venue**

The Board of Directors shall determine the venue of the General Shareholders' Meeting.

The Board of Directors can determine that the General Shareholders' Meeting be held simultaneously at different locations, provided that the contribution of the participants are transmitted directly in video and audio to all venues and/or that shareholders, who are not present at the venue or venues of the General Shareholders' Meeting may exercise their rights by electronic means.

Alternatively, the Board of Directors may also provide that the General Shareholders' Meeting will be held by electronic means without a venue.